

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:	
monatlich	Kr 16.—
vierteljährlich	48.—
halbjährig	93.—
jährlich	192.—

Rückführung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich

Kramář gegen das — Polizeiregime!

Von dem ersten Hintergrund der politischen Geschehnisse hebt sich eine heitere Episode ab, für deren Arrangierung der Herr und Götter der nationaldemokratischen Partei Sorge getragen hat. Er befahl am Montag die Mitglieder des Zentralausschusses seiner Partei zu einer Sitzung nach Prag und ließ sie — wie denn nicht! — neben einer Vertrauenskundgebung für ihn auch einen geharnischten Protest gegen das im öffentlichen Leben der Republik eingerissene Polizeiregime beschließen. Gewiß gäbe mancher was darum, wenn er bei dieser Beschlußfassung hätte dabei sein können, um zu sehen, in welche wiehernde Fröhlichkeit die versammelten Herren ausbrachen, als sie den Protest beschloßen. Diese Szene hätte man für Geld in einem Zirkus sehen lassen können, wobei die Kunststücke konkurrierender Clowns auch nicht annähernd ähnlicher Heiterkeitsausbrüche sicher wären, wie das Auftreten der zwei Wälderbüchse faschistisch-nationaldemokratischer Hauptlinge in der Rolle als Gegner der polizeilichen Unterdrückung der freien politischen Meinungsäußerung.

Wie? Ist es etwa nur ein Witz, wenn das über jene Sitzung ausgegebene Kommuniqué von dem heftigen Freiheitsdrang der Auktoren der nationaldemokratischen Partei zu erzählen weiß, der nicht mehr länger ruhig zusehen kann, wie sich die Polizei im Staate breitmacht? Sie waren sonst doch nie so, die Kramář und Konforten. Schon vor bald dreißig Jahren hat ihr Vorgesetzter die Polizei ins österreichische Parlament geführt, um oppositionelle Abgeordnete mit Brachialgewalt aus dem Sitzungssaal herauszuschleppen zu lassen, und dieser Vorliebe, durch Polizei und Polizeimaßnahmen sein eigenes politisches Glück forgerieren zu lassen, ist er niemals untreu geworden. Ist nicht bei der Schöpfung aller Polizei- und Anzeigengesetze — und es gibt deren eine stattliche Reihe! — die Partei des Dr. Kramář Batin gewesen? Ruft sie nicht noch jetzt mündig gegen die „unfürsorglichen“, „antitschechischen“ Elemente in der Republik nach Polizei und Gerichten? Und arbeitet sie nicht an der Schöpfung einer faschistischen Filiale unter der Behauptung, die staatliche Gewalt sei diesem antitschechischen Treiben gegenüber zu schwach und schlapp? Der schreibbare Widerspruch klärt sich sofort auf, wenn man genauer liest, was der nationaldemokratische Parteiausschluß beschlossen hat. Er protestiert nämlich gegen das Polizeiregime nur insoweit, als sich Herr Dr. Kramář und seine Faschistenbrüder dadurch geniert fühlen. Die Beschränkung der bürgerlichen und politischen Freiheiten ist, so heißt es in dem Beschlusse, nur dann heutzutage, wenn sie zu antitschechischen Aktionen mißbraucht werden. In letzter Zeit aber sehe man, daß die Einschränkung dieser Freiheiten nicht gegen die dem Staate gefährlichen Organisationen praktiziert werde, sondern gegen die Parteien und Richtungen staatsbehaltenden und nationalen Charakters. Ah, das ist schon etwas anderes, wenn es auch Dr. Kramář hält, gegenüber der Komödie, welche mit den Begriffen „antitschechisch“ und „staatsbehaltend“ getrieben wird, den Ernst zu bewahren. Klingt es doch wie ein Faschnachtslied, wenn Herr Dr. Kramář sich und seine faschistische Garde, die lieber heute als morgen — und sei es auch um den Preis der Entsehung eines Bürgerkrieges — den Staat umstürzen möchte, noch immer als staatsbehaltend hinstellt.

Das Heiterste und zugleich Verlogenste aber ist, daß die Staatsstreicher in der Reserve die zu sein die Nationaldemokraten gar kein Hehl machen, den Spieß umdrehen und über Verfolgung schreiben, obwohl weder ihnen noch ihren faschistischen Schülern bisher auch nur ein Haar gekümmert wurde und sie frech die Gehehe und die staatliche Macht durch ihre Taten höhnen durften. Keine Partei hat noch die staatsbürgerlichen Freiheiten argter mißbraucht als die Partei der tschechischen Finanzbourgeoisie, die offen darübersucht, eben dieselben staatsbürgerlichen Freiheiten, soweit für

Der Locarno-Pakt in Kraft.

Deponierung der Ratifikationsurkunden beim Völkerbund.

Genf, 14. September. Heute um 11 Uhr vormittag deponierten die Vertreter Belgiens, Großbritanniens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Polens im Generalsekretariat des Völkerbundes die Ratifikationsurkunden der Locarner Abkommen.

Die Deponierung der Urkunden führten für Belgien de Broedere, für Großbritannien Chamberlain, für die Tschechoslowakei Dr. Beneš, für Frankreich Briand, für Italien

Scialoja, für Deutschland Stresemann und für Polen Jaleski durch.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes bemerkt in seinem amtlichen Bericht über diesen Akt:

„Da alle Ratifikationsurkunden deponiert sind und Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist, treten diese Abkommen und Konventionen im Sinne ihrer Bestimmungen von heute ab in Geltung.“

Die Wahlordnung fertiggestellt.

Sicherung gegen Extratouren eines Ratsmitgliedes.

Genf, 14. September. Die Rechts- und Verfassungskommission hat um 19 Uhr 30 Minuten die Debatte über den Wahlordnungsvorschlag für die nichtständigen Ratsmitglieder beendet und ihn im Ganzen einstimmig mit dem Zusatz Loucheux, der letzte Stimmzettel bei der Wahl der halbständigen Mitglieder für ungültig erklärt, angenommen.

Außerdem gab die Kommission dem Antrag Norwegens statt und fügte der Wahlordnung eine Bestimmung hinzu, daß die Plenarversammlung, wann immer sie dies für notwendig erachtet, mit Zweidrittelmehrheit die Auflösung des Rates beschließen und seine Neuwahl vornehmen kann. Diese Bestimmung soll an erster Stelle des Rat vor einem Mitglied oder vor Mitgliedern sicherstellen, welche seine Arbeiten während unmöglich machen und zweitens ausdrücklich die

Oberhoheit der Versammlung gegenüber dem Rat selbst betonen.

Die Wahlordnung wird, wie sie heute von der Kommission angenommen wurde, morgen vormittag ins Plenum gelangen. Berichterstatter ist Vorleser Motta.

Am Schluß der Sitzung nahm die Kommission einen Antrag der Vertreter Persiens und Chinas, der vom japanischen Delegierten unterstützt wurde, an. Motta möge in seinem morgigen Bericht den Wunsch der Kommission betonen, daß zwei der nichtständigen Ratsmitglieder Asien und Afrika zugeteilt werden.

Berlin als Sitz der nächsten Ratstagung?

London, 14. September. (Eigenbericht.) Nach Meldungen englischer Periodiker in Genf verläutet in dortigen diplomatischen Kreisen, die der englischen Delegation nahesteht, daß erwogen wird, die nächste Sitzung des Völkerbundes im Dezember in Berlin unter dem Vorsitz von Dr. Stresemann abzuhalten.

Fortdauer der faschistischen Hebe gegen Frankreich.

Rom, 13. September. Die Artikel der faschistischen Blätter gegen Frankreich wegen seiner Duldung gegenüber den antifaschistischen Emigranten dauern an. Die „Tribuna“ meint, die Beziehungen Frankreichs zu Italien müssen durchaus geklärt werden. Es gebe nicht an, daß man die antifaschistischen Organisationen unterstütze, sich aber gleichzeitig als Freund Italiens gebärde. Das wäre auf die Dauer unerträglich. Gegenüber der Toleranz, die man gewissen Blättern gegenüber gewährt, die ungehindert zur Ermordung des italienischen Ministerpräsidenten aufhorben durften und überhaupt gegen den Aufstieg Italiens eifern, genügen die offiziellen Telegramme mit ihren feststellenden Redensarten nicht mehr. Frankreich müsse sich entscheiden und fundium, wohin es wolle.

Wiedereinführung der Todesstrafe.

Rom, 14. September. „Onorato Maffia“ meldet, daß die Kammer bereits Anfang Oktober zu einer außerordentlichen Session zusammenzutreten wird, um die Einführung der Todesstrafe zu beraten, die, wie verlautet, für alle Verbrechen gegen das Leben des Königs und des Ministerpräsidenten und für alle Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates und des Regimes eingeführt werden soll.

die anderen noch ein Restchen überleben ist, zu beseitigen und den unverhüllten Absolutismus an ihre Stelle zu setzen. Wir haben ein drakonisches Schutzgesetz, aber wann wäre es jemals gegen die Kreaturen und Protektionskinder des Kramář angewendet worden, auch wenn sie gegen den Präsidenten, die demokratische Regierungsform oder gegen die anderen Nationen im Staate noch so unverhüllt hehleten! Wir haben ein strenges Verbot, aber gehandhabt wurde es bisher fast ausschließlich gegen die Linkspresse, während die faschistischen Verdächtigungen und Verleumdungen, die ärgsten Lasteranschuldigungen, welche die wildesten Gerüchte zu wecken geeignet sind, in der faschistisch-nationaldemokratischen Gismischpresse vom Staatsanwalt liebevoll verschont bleiben. Was wird in den faschistischen Schandverurteilungen alles zusammengelassen und gehehelt! Aber der Staatsanwalt ist voll Geduld und Nachsicht, im übrigen ist er aufs ausgiebigste mit der Konfiszierung sozialdemokratischer und kommunistischer Zeitungen beschäftigt.

Unzweideutige Ablehnung durch die Pariser Presse.

Paris, 14. September. Sämtliche Blätter kommentieren wiederum die italienische Kampagne und lehnen sie energisch ab. Wenn Mussolini die Frage der italienischen Emigration bereinigen wollte, sagt Komier im „Figaro“, möge er außer Frankreich auch die Vereinigten Staaten, die Schweiz und die Staaten Lateinamerikas zu einer gemeinsamen Beratung einladen.

Der Chefredakteur des „Matin“, Sauertein, meldet aus Genf, daß Briand nach seiner gestrigen Konferenz mit Grandi und Scialoja die Vertreter der italienischen Presse empfangen habe. Briand soll den italienischen Delegierten u. a. erklärt haben, man könne von Frankreich, das 800.000 Italienern Gastfreundschaft gewährt, nicht verlangen, daß es über die politischen Ansichten eines jeden einzelnen bereden wache und ihnen die Rückkehr in ihr Vaterland verbiete. Sollte es sich jedoch erweisen, daß sie auf französischen Boden ein geschwindiges Benehmen an den Tag legen, dann werde Frankreich freilich nach dem Gehege und eventuell mit Strafanstalten eingreifen. Nach der französischen Gesetzgebung könne das Erscheinen eines antifaschistischen Blattes auf französischem Boden (Corriere degli Italiani), außer wenn es die Person des Königs angreifen würde, nicht verboten werden. Auf das politische Regime oder Personen beziehe sich aber diese Immunität nicht.

In letzter Zeit — wie unverschämmt müssen es die Pfuschlinge des Kramář da schon geübt haben! — wurde ein paarmal auch die faschistische Presse vom Staatsanwalt mit demselben Strich gezüchtigt, den die Partei des Dr. Kramář — allerdings nur für die anderen — mit Eisern drehen gelassen hat. Deshalb die Aufregung und der Protest über das Polizeiregime, das doch nur die andern im Zaum zu halten hat, aber die „Staatsbehaltenden“ ungehorchen lassen mühte. Denn „staatsbehaltend“ sind sie, auch wenn sie dem Staat Schande zufügen und ihn um ihrer Herrschgier willen in die ärgsten Wirren stürzen. Staatsbehaltend, daß die Hühner lachen. Aber der Beschluß der Nationaldemokraten, denen das allerdings behagliche Polizeiregime plötzlich auf die Nerven fällt, obwohl sie es doch wenig zu spüren bekamen, ist Geist vom Geiste der Bourgeoisie, die für sich schrankenlose Freiheit heischt, für die von ihr Entrechteten, Ausgeschulten und Unterdrückten dogegen keine Kette fest genug findet.

Die Extreme berühren sich.

Völkisch-kommunistische Einheitsfront

Von Peter Garbow (Berlin).

Im Zusammenhang mit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund wird die Aufmerksamkeit der breiten Volksmassen erneut von den Problemen der Außenpolitik in Anspruch genommen. Alle politischen Parteien sind naturgemäß bestrebt, die erhöhte außenpolitische Interessiertheit auszunutzen, um für ihre spezifische außenpolitische Einstellung zu werben. Naturgemäß bemüht sich jede Partei, ihre Außenpolitik als die einzig richtige, die einzige durch den Gang der Entwicklung gerechtfertigte und dem Lande einen Ausweg aus dem Niedergang, der durch den verlorenen Krieg und den gewaltsam aufgezwungenen Versailles-Frieden verursacht worden ist, wiesende hinzustellen. Bei dieser Musterung der politischen Parteien fällt immer wieder die erstaunliche, geradezu fatale Ähnlichkeit in der außenpolitischen Einstellung der beiden extremen Flügel der deutschen Völklichkeit, der Deutschvölkischen und der Kommunisten, in die Augen.

Die Extreme berühren sich, sagt das französische Sprichwort. Diese gegenseitige Berührung verwandelt sich aber hier in eine Uebereinstimmung der Begründung, der politischen Grundlinien, der praktischen Forderungen. Das ist auch nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß die beiden Parteien auf dem ungeladen Boden der Nachkriegszeit aufgedrückt sind, daß sie sich von den Nachwirkungen des wirtschaftlichen Zerfalls und der Kriegsspindel nähren; schließlich ist beiden Parteien auch ein gewisser Nationalismus gemeinsam, in nationaler Richtung bei der einen, in sozialer Richtung bei der andern. Von Interesse sind da zwei in der bekannten Hamburger Zeitschrift für auswärtige Politik, den „Europäischen Gesprächen“, erschienene Aufsätze: „Außenpolitische Gesichtspunkte der Deutschvölkischen Freiheitspartei“ von Graf Ernst Reventlow und „Die Außenpolitik der kommunistischen Partei Deutschlands“ von Walter Stoedter. Beide Artikel sind als parteiunabhängig anzusehen. Nicht man von der Eigenart der Ausdrucksweise, dem besonderen „Aroma“ und der pikanten Garnierung, mit der jedes Gericht serviert wird, ab, so kann man die Unterstrichen unter den beiden Artikeln annehmen und verstehen. In der Tat ist der Roman Nadel-Reventlow kein zufälliger Fehltritt gewesen, jener Roman der Verbrüderung im Angesicht des Ruhrkampfes, als der Kommunismus und der Völkische sich gleichermassen dem Wahne vom „Krieg am Rhein“ hingaben.

Wenn man in „auter Gesellschaft“ austritt und in einer auf einen internationalen Leserkreis eingestellten Zeitschrift seine Ansichten äußert, muß man natürlich den gemeinden Ton anwählen. So versteht es sich denn von selbst, daß sowohl Stoedter als auch Reventlow trotz aller Angriffe auf den „kraftlosen bürgerlichen Pazifismus“ sich als leidenschaftliche Verfechter des Friedens präsentieren. „Es ist keine unter den Parteien vorhanden“, sagt Reventlow, „deren Ziel wäre, die deutsche Befreiung und Freiheit durch einen Krieg zu erreichen. Die deutschvölkische Freiheitsbewegung macht hierin keine Ausnahme. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil ihr das Gegenteil nachgelagt wurde und noch heute nachgelagt wird.“ In dem gleichen Sinne läßt sich auch Stoedter aus: „Der Kampf der Kommunisten gegen die imperialistische Politik der Bourgeoisie ist natürlich auch der unmittelbare Kampf gegen die Kriegsgelahr und für den Frieden.“

Haben unsere Friedensritzer auf diese Weise ihre Opfer auf dem Altar des heute nun einmal populären Pazifismus dargebracht, so können sie mit um so größerer Energie über die praktischen Mittel, die zur Abschwächung der internationalen Konflikte und zur Festigung des allgemeinen Friedens führen, herfallen. So lehnen es beispielsweise wiederum beide ab, in dem Dawes-Plan auch nur einen unvollkommenen Weg zur Lösung des Reparationsproblems, das vor drei Jahren beinahe in eine neue Katastrophe hätte münden müssen, zu sehen. Für den Nationalsozialisten Reventlow bedeuten die Dawes-Gesetze die Erlegung sichtbarer unmittelbarer Gewalt Herrschaft auf einen kleinen Teil deutschen Bodens und von befristeter Dauer durch die vielen unsichtbaren, ganz Deutschland und alle deutschen Verhältnisse umfassende und durchdringende, zeitlich unbegrenzte Herrschaft des Weltkapitals.“ In voller Uebereinstimmung mit Reventlow erklärt Stoedter, daß keine Partei im Gegensatz zur deutschen Bourgeoisie, die „bewußt die letzten Reste deutscher Souveränität verlaufe“, mit Entschiedenheit „sowohl den Vertrag von Versailles wie auch die späteren Deutschland aufgezwungenen Diktate, insbesondere den Dawes-Plan“ bekämpfe.

Die gleiche, keineswegs zufällige Übereinstimmung findet man auch in der Stellungnahme der beiden Kritikerkreise zum Völkerverbund. Es will weder die eine noch die andere Partei anerkennen, daß der Völkerverbund ein auch nur zurzeitiges Instrument des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit sei. Die ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerverbund wird dafür bei Reventlow und Stoeder durch das heuchlerische Befehnis zum idealen Bunde der Völker verschleierte, „Grundfälschlich“, erklärt Reventlow, „lehnen die Völkischen einen Völkerverbund nicht ab.“ Aber der der jetzige reale Völkerverbund ist nach seiner Meinung „der europäische Repräsentant des Weltkapitalismus, er steht unter den Aufsicht der Wall Street“. Auch die Kommunisten bekennen sich zu einem „wirklichen Völkerverbund“ als einem Bunde unabhängiger Sowjetrepubliken. Der bestehende Völkerverbund ist aber auch nach ihrer Meinung kein Instrument des Friedens, sondern ein Instrument der imperialistischen Siegermächte zur Durchführung ihrer kapitalistischen Raub- und Profitinteressen.

Eine absolute Bestimmungsvoraussetzung kommt ferner in der Frage der allgemeinen Orientierung der auswärtigen Politik Deutschlands zum Vorschein. Beide Artikel gehen von der Gegenüberstellung der westlichen und der östlichen Orientierung, von der Alternative: Westen oder Osten, aus. „Deutschlands Zukunft als Volk und Land“, erklärt Reventlow, „liegt nach Osten“. Locarno ist für ihn die Fleischwerdung des absoluten Bösen. — Wonach natürlich Stresemann bezichtigt wird, dies nicht einsehen und „den Russenvertrag und die Beziehungen zu Rußland auf dem Altar der Weltpolitik opfern“ zu wollen. Genau dasselbe proklamiert mit echt östlichem Pathos Stoeder: „Anstatt in enger Verbindung mit dem Osten die Wege für eine Befreiung aus den Fesseln des Versailles Vertrags vorzubereiten, verkauft die deutsche Bourgeoisie die nationale Zukunft Deutschlands durch ihren Pakt mit London und New York.“

Man konnte diese Pitate ins Unendliche fortsetzen. Das Angeführte genügt aber zur Feststellung einer fatalen Identität in den Grundlinien der extrem-nationalistischen und der „international-kommunistischen“ Außenpolitik. Eine Identität, die sich auch auf die Beweisführung erstreckt. Die alles verneinende außenpolitische Einstellung wird auf den Kampf mit dem internationalen Kapital zurückgeführt. So spricht Reventlow von „unbedingter Gegnerschaft der völkischen Bewegung gegen den internationalen Kapitalismus“. Wir Völkischen halten dafür, daß der internationale Kapitalismus der Todfeind des deutschen Volks, insbesondere auch der deutschen Arbeiter ist. Gleichlautende Pitate aus Stoeders Artikel anzuführen, können wir uns ersparen. Beide sehen die Wurzel des Übels in der Wall Street und propagieren eine Gott-strafe-England-Politik. Bei aller Übereinstimmung lassen sich aber auch einige Abweichungen der beiderseitigen Standpunkte beobachten. Reventlow sieht, was ja die unergänzliche Eigenart jenes „Sozialismus der dummen Kerle“ widerspiegelt, den heutzutage Reventlow repräsentiert, die Verförderung des internationalen Kapitalismus im Judentum. Soweit geht Stoeder freilich nicht, obgleich man sich in diesem Zusammenhang immerhin der berühmten Brandrede Ruch Fischers gegen das „jüdische Kapital“ erinnern mag. Eine weitere Eigentümlichkeit der deutschvölkischen Auffassung ist die Überzeugung, daß sich hinter dem Weltkapitalismus das Freimaurertum verberge. „Der Völkerverbund“, erklärt Reventlow, „steht unter den Aufsicht der Wall Street, auch im Zeichen der Weltmännerei“. Die sonstigenden Persönlichkeiten des Völkerverbundes sind vom verstorbenen Bourgeois bis Briand und Chamber-

lain und Stresemann führende Maurer. . . Vom völkischen Standpunkt bildet die Weltmännerei einen Feind und ein Hindernis einer tatsächlichen deutschen Befreiung“. . . Des Grafen Scheinweis ist und bleibt allerdings die Feststellung, in welcher Weise sich die Weltmännerei mit dem Weltjudentum vermähle.

Für den Kommunisten Stoeder nimmt einen analogen Platz des Verteidigers des internationalen Kapitalismus und Imperialismus statt der Maurer und Juden die — Sozialistische Internationale ein. Der Reformismus der sozialdemokratischen Führer sei „das gefährlichste Demnis auf dem Wege des Befreiungskampfes der Arbeiter“ sowohl in der inneren wie in der auswärtigen Politik („Pseudopassivismus“). Hinter diesen Abweichungen und Eigenarten verbirgt sich aber, wie wir sahen, die nämliche politische Grundtendenz. Es liegt ihr eine rücksichtslose und unverantwortliche Demagogie zugrunde, die an die sozialen und nationalitätlichen Intuitionen der durch die Kriegskatastrophe und das Unrecht von Versailles aus dem Gleichgewicht gebrachten Arbeiter und Kleinbürgermassen appelliert. Beide Parteien wenden sich im gewissen Sinne an das gleiche Auditorium, dessen dumpfe Unzufriedenheit und politische Unwissenheit sie ausschöpfen. Der soziale Protest vermischt sich hier mit national-

istischen und chauvinistischen Reaktionsstimmungen, mit der Sehnsucht nach der Revanche am Rhein. Die beiden Programme werden gekennzeichnet durch den völligen Mangel an Realitätsinn, durch vollständige Verständnislosigkeit gegenüber den komplizierten internationalen Vorgängen und durch alles negierende Außerachtlassung jener unvermeidlichen Kompromißwege in der Außenpolitik, die trotz aller ihrer Unvollkommenheit durch die reale Sachlage vorgezeichnet werden.

Die national-chauvinistische Außenpolitik, kaum verhüllt durch eine antisozialistische Terminologie, kann — sei es unter dem Banner des Faschismus, sei es unter dem des Kommunismus — nur die rückständigsten, politisch ungeschulten Schichten der Arbeiterklasse und des durch den Krieg entzugenen Kleinbürgertums mitreißen. Für das klassenbewußte Proletariat muß die verhängnisvolle Übereinstimmung in der Außenpolitik der Faschisten und Kommunisten, die die Verwandtschaft auch ihrer innenpolitischen Positionen zum Ausdruck bringt, eine beachtenswerte Warnung sein, namentlich in der heutigen schwierigen Zeit, wo täglich und stündlich neue Hindernisse auf dem einzig möglichen Wege der Befreiung Europas, dem Wege von Locarno und Genf, aufgetürmt werden.

Das Faschistennest im Berauntale.

Unweit von Prag, im Tale der Berauntale, welches im Sommer allentäglich von tausenden Prager Ausflüglern besucht wird und wo die reichen Bürger der Hauptstadt ihre Villen haben, liegt der Ort Cernovic. Dort scheinen die tschechoslowakischen Faschisten ihr Hauptquartier aufgeschlagen zu haben. Schon vor Wochen konnte ein tschechisches Blatt berichten, daß der Hauptling der Faschisten, der General Gajda, unweit der Stadt Berauntal, im Ausflugsort St. Jovan unter dem Psephen, mit ein paar „Berfalschleuten“, die in Faschistenversammlungen aufgetreten sind, zusammengetroffen sei. Auch anlässlich einer der letzten Kundgebungen der Prager Faschisten sollen aus derselben Gegend Junglinge nach Prag gefahren sein, die sich im Eisenbahnabteil rühmten, sie hätten jeder 50 K Reichspfenn bekommen, um an dem Prager Rummel teilzunehmen.

Nun berichten gestern wieder zwei tschechische Nachmittagsblätter, daß in der Gegend von Cernovic sonderbare Dinge vorgehen. Das „Ceste Slovo“ erzählt von Nachtrübungen der Faschisten, die dort am Sonntag stattgefunden haben und daß die ganze Nacht Schüsse zu hören waren. „Pravo Lidu“ wieder weiß zu berichten, daß an demselben Sonntag im Hotel Steimar in Cernovic Gajda mit einigen Offizieren zusammengekommen sein soll. Die aktiven Offiziere, die da mit dem abgesetzten Generalstabschef zu einer „Soire“ zusammengekommen sind, wissen doch alle, daß Gajda infolge von gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen suspendiert wurde und daß gegen ihn außerdem ein Disziplinarverfahren schwebt. Mit einem Menschen, der seine faschistisch-reaktionären Neigungen niemals verleugnet hat, sollten doch Offiziere einer Armee, die sie für demokratisch halten, nichts zu tun haben. Die freundschaftlichen Beziehungen, die da zwischen einem Teil der tschechoslowakischen Offiziere und dem Faschistengeneral herrschen, gehen schon über das Private hinaus und sollen die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Faktoren finden — ganz abgesehen davon, daß dem ehemaligen Generalstabschef Dinge vorgeworfen werden, die doch gerade einen Offizier dazu be-

wegen sollten, sich im Verkehr mit Gajda Schranken anzusetzen.

Nach mehr oder weniger Deffinitheit die Nachricht von den tschechischen Uebungen interessieren. Für die goldene tschechische Jugend, die Söhne von Fabrikanten, Bankdirektoren und Großkaufleuten, die ihre Nächte sonst in den Bars von Prag bei Jimmy und Charleston verbringen, ist so eine Nachbildung in trischer Luft eine angenehme Abwechslung, die wieder ein bisschen nützlich macht. Aber was hat es mit den Schießereien auf sich? Woher haben denn die Herrschaften ihre Waffen? Vielleicht interessiert sich die Regierung, deren Beamten jedem Landstreicher ihre liebevolle Aufmerksamkeit schenken, auch dafür! Wenn ein paar Leute sich eine Windjacke anziehen oder gar einen Gürtel umschnallen, so sieht der Herr Cernovic schon die Republik bedroht und rückt mit einem Erlaß heraus, worin das Tragen von Uniformen jederlei Art verboten wird. Wenn aber Faschisten mit Waffen herumlaufen, dann kann das nicht so ganz harmlos sein und der Herr Ministerpräsident kann in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit weiter regieren — wenn man das Geschäft so nennen kann.

Es wäre an der Zeit, daß sich die Regierung um das, was im Berauntale vorgeht, kümmern würde und das mindeste, was man von ihr verlangen könnte, wäre zu sagen, inwiefern die verschiedenen Zeitungsmeldungen über das Faschistennest unweit Prag auf Richtigkeit beruhen.

Benes legt sich zur Wehr.

Den zweiten Teil seiner scharfen Polemik gegen die nationaldemokratische Partei, die seit langem jede passende und unpassende Gelegenheit zu wilden Ausfällen gegen den Außenminister benützt, legt Dr. Benes in ein Schreiben an die Legionäre, die Sonntag in Prag einen Vereinstag abgehalten hatten. Hatte sich Dr. Benes in seiner ersten Berührung, die wir vor wenigen Tagen auszugeweiht wiedergaben, vor allem gegen die hinterhältigen Nachrichten der nationaldemokratischen Presse über seine Vermögenslage gemeldet, so gibt Benes in dem vor-

liegenden Brief an die Legionäre eine Darstellung über die Gajda-Affäre sowie über den Streit in der nationalsozialistischen Partei und wendet sich dann den über ihn verbreiteten Gerüchten zu, als ob er an der Wiege der nationalen Arbeitspartei gestanden sei und gewisse Zeitungen finanziere; endlich befaßt er sich mit den ausgebreiteten Behauptungen, daß er es war, der ursprünglich Gajda und Stibrunz für ein Ostroi und eine Verfassungsänderung gewinnen wollte und dann aus Rache, weil sie nicht darauf eingehen wollten, die beiden habe kaltstellen lassen. Man begreift leicht, daß diese systematisch gegen Benes teils in der Presse, teils in Kaffeehäusern und politischen Zirkeln ausgestreuten Gerüchte, die noch dazu in einer „staatszerstörenden“ Partei, ja sogar in einem Teile von Benes eigener Partei verbreitet und geglaubt wurden, dem Außenminister ziemlich nahe gegangen sind, und so ist auch der Ton der Antwort zu erklären, die sich von seinen sonstigen, sorgfältig ausgearbeiteten öffentlichen Kundgebungen wesentlich unterscheidet: hier nimmt Benes kein Blatt vor den Mund und läßt seinem lang angehauchten Groll freien Lauf; die Herren aus der Mariengasse und aus der Umgegend Stibrunz werden sicher keine besondere Freude davon haben, sich in dem Benes-Brief so unzweideutig als Rügner und Verleumder konterfei zu sehen.

Einleitend erklärt Benes, warum er vor einigen Monaten sein Abgeordnetenmandat niedergelegt habe; einerseits wollte er keiner Partei keine Unannehmlichkeiten bereiten, die damals in Konflikt mit der Volkspolizei geriet, andererseits erklärt Benes offen, daß seine Gegner innerhalb der Partei (ausweislich der Stibrunzgruppe) zu „unehrenhaften Intrigen“ hinter seinem Rücken schritten und so sei seine Mandatsniederlegung zugleich „ein Protest gegen dieses unehrliche, unwürdige und unlokale Spiel“ gewesen.

Ueber die Pressekampagne, welche gegen Benes hauptsächlich in den „Narodni Listy“, aber auch in einem Teil der agrarischen und beröckischen Presse geführt wird, äußert sich Benes folgend:

Das war keine Diskussion um grundsätzliche Fragen der inneren oder äußeren Politik, es handelte sich hier um Unrichtigkeiten und Unwahrheiten, Insinuationen, Drohungen und Beschuldigungen und dies alles in einer Form, die reich viel Aufregung und Sensation hervorruft. Abgesehen auch nur ein Versuch einer ernsthaften Diskussion, kein einziger Versuch, zu beweisen und zu belegen. Ich konstatiere, diese außerordentlich traurige politische Tatsache.

und geht nun daran, auf die einzelnen Anschuldigungen ausführlich zu antworten.

Die Gajda-Affäre

Bei als politisches Komplott dargestellt wurde, hinter dem Benes stehe. Benes dagegen erklärt, daß die ganze Angelegenheit eine Resorptionsangelegenheit des Verteidigungsministeriums war, in die er sich nicht einmischen darf. Er habe aber die Tätigkeit Gajdas Jahre hindurch beobachtet, da er als Außenminister dazu verpflichtet gewesen sei. Daß Gajda namentlich bei der französischen Militärmission schwere Bedenken erregte, geht aus folgender Stelle hervor:

General Mittelhauser als Chef des Generalstabes litt nur sehr ungern Gajdas Demagogien in Rußland und mochte ständig darauf aufmerksam, daß Gajda Politik in die Arme trage. Mittelhausers Urteil über Gajda war ein sehr scharfes. Als Marshall Gajda nach Prag kam, schickte er mir noch seinem Besuch seine Einbrüche von unserer Arme. Schließlich sprach er noch ein scharfes Urteil über Gajda aus.

Copyright 1924 bei Verlagsbuchhandlung Schneider u. Co., Wien.

Vom Baume des Bösen.

37 Von Marcel Berger.

Ich war empört. Das ist ja eine Wiederholung der Kaiser-Depesche, wollte ich rufen, als eine tiefe Stimme hinter uns ertönte:

„Zu schwach!“

Es war Herr von Weisweiler, der in Begleitung des Obersten herangekommen war. Der Oberst trug ein Bündel mit Ästen und Papieren in der Hand. Der deutsche Bankier fixierte den Oesterreicher mit strenger Miene. Aber Holbek verzog keine Falte seines Gesichtes. Mit vollendetester Höflichkeit sagte er:

„Rechercher Freund, bitte, bedenken Sie sich mit diesem Rußens-Mentze, einem Getränk, das Sie, wie ich weiß, nicht verabscheuen.“

Weisweiler hatte nicht die Kraft, nein zu sagen. Der Baron machte eine Handbewegung gegen die Anammlung von Flaschen, die den ganzen Tisch bedeckte, und sagte mit einer einladenden Geste:

„Die Herren werden uns doch Gesellschaft leisten?“

„Ich nicht“, sagte ich trocken.

„Ich danke ebenfalls“, erklärte Philipp.

Der Oesterreicher lächelte.

„Auch nicht nachdem der große Dichter Bertranden Ihnen mit gutem Beispiele vorangegangen ist?“

„Die Franzosen nehmen sich die Rumänen in keiner Richtung zum Vorbilde.“

Der Oberst hatte ein Glas geleert. Mein Freund wandte sich wieder an Weisweiler:

„Baron Holbek hat uns überraschende Eröffnungen gemacht. Wenn Sie ihm glauben

wollen, so hat er beim Ausbruch des Krieges eine Rolle gespielt.“

„Ich was“, sagte der Deutsche. „Die Rolle keines einzelnen war maßgebend. Die Tatsachen haben die Entscheidung herbeigeführt.“

„Eine sehr bequeme Theorie!“ höhnte ich.

„Für wen bequem?“

„Natürlich für jene, die die Verantwortung von sich abwälzen wollen.“

Weisweiler warf La Tour-Ahmon einen feindseligen Blick zu. Er wollte etwas erwidern, aber in diesem Momente näherte sich auf schwankenden Beinen der Großfürst.

„Was plappert ihr da?“ fragte er und leerte auf einen Zug den Pokal, der ursprünglich mit jugedacht war.

„Neben mir ein wenig auf und ab“, schlug Baron Holbek vor.

„Ja“, stimmte Weisweiler zu. „Man wird ganz feil.“

Der Großfürst hingte sich familiar in die beiden ein und auch der Oberst schloß sich ihnen an.

„Kommt“, sagte Philipp, „wir wollen sie nicht aus den Augen lassen.“

Weisweiler, Holbek und der Großfürst drängten sich in geschlossener Reihe laut und rücksichtslos durch die sonstigen Boate bis an das andere Ende der Terrasse. Hier ließ sich das Trio nieder. Der Großfürst breitete seine langen Arme aus und holte mit weit offenem Munde tief Atem, als wollte er die Sterne vom Himmel verschlucken:

„Ah! Luft! Luft! Luft!“

Er ließ sich schwer in einen Schenkelstuhl fallen:

„Man hat die Knechtchen wie abgeschlagen.“

Wir waren ihnen nachgegangen und setzten uns ebenfalls nieder. Hinter den stehenden Tischbeinen bemerkte ich den Schatten eines

Mannes. Es war der General. Unsere Gesellschaft versperrte ihm den Weg und da er seinen Platz eben verlassen wollte, schien mir die Situation ein wenig peinlich. Aber Philipp holte ihn ganz unbefangen zu uns und schritt vor ihm her, als ob er einen Rekruten vorzuführen habe. Ich erwartete, daß sich der General ablehnend verhalten würde, aber ich hatte mich getäuscht. Höfliche Begrüßungswörter wurden ausgetauscht. Despartat zog sich einen Fauteuil heran und begann ein Gespräch mit Hodder von Rußland.

Eine Pause der Ruhe machte sich fühlbar. Philipp hielt die geballten Fäuste aus seinen Knien und sah aus, als wolle er sich sammeln. Er musterte seine Umgebung mit einem Ausdruck im Blicke, den nur ich verstand; er sah aus, wie ein Hippolyten, der den Kreis seiner Medien überblickt.

Der Oesterreicher stand langsam auf: „Sonderbar . . . meine Glieder sind wie eingeschlafen, wie erstarrt.“

„Bewegung machen!“ schlug Oberst Simpson vor.

Alle standen auf. Machten einige Schritte. An einem Tisch in nächster Nähe der Zigeunerlapelle wurde wieder hohlgemacht. Der Kaiser Hans stand, Befehle erwartend, da Baron Holbek kam nun endlich dazu, ihm das Rezept jenes Drinks anzulegen, mit dem er uns unbedingt beglücken wollte.

Ein Moment der Abspannung trat ein. Der Großfürst unterließ sich damit, daß er die nervenschütternden aromatischen Tonleiter des Orchesters mit fröhlichem Gebrüll zu überländen suchte. Als Symbol der Eintracht hatten die Kellner ein Tablett vor uns hingestellt, das mit Korbfaschen, Karaffen, Glasklafons und Eiswürfeln angefüllt war. Da erhob sich bedauerlicherweise ein Streit. Holbek und Weisweiler hatten schon eine Feilsung erregt und leise aufeinander eingesprochen. Das Geräusch des entse-

setzten Orchesters zwang sie, ihre Stimmen zu verstärken. Der Deutsche schien dem anderen seine Indiskretionen vorzuwerfen. Der Baron wies diesen Vorwurf zurück und erklärte, daß es ungeschönd sei, wenn die Berliner sich gegen ihre Lehrer in der diplomatischen Kunst auflehnen wollten. Der Diskurs war heftig und kurz; ich konnte seinen Verlauf nur in großen Zügen verfolgen, da das Gespräch zum größten Teil in deutscher Sprache geführt wurde. Schließlich wurde der Ton ihrer Unterhaltung wieder sanfter.

„Was haben sie?“ fragte ich Philipp.

„Interessant! Holbek bleibt dabei, daß die Deutschen in allen diplomatischen Fragen auf die Oesterreicher angewiesen seien, die er für die einzigen diplomatisch geschulten Köpfe der Welt hält. Auch die Offensive des Generals von Hartmann, die ganz Frankreich in Aufregung versetzt hat, bezeichnet er als Ergebnis seiner Anregungen.“

Der Großfürst hatte aufgehört: „Von Hartmann? Der Kerl, der Lenin Angst macht . . .“

„Um so besser!“ erklärte der Baron.

„Lenin . . .“

Er sah den Großfürsten an: „Lenin ist zwar Ihr spezieller Feind, doch nach meiner Ansicht gehört er nicht nach Europa. Wie die Slawen überhaupt. Ihr seid eine andere Rasse, sagen wir eine überlegene . . . Euer Reich ist Asien! Asien, fünfmal so groß als Europa, dort könnt ihr euch ausbreiten.“

Der andere widersprach nicht. Er streckte sich gähnend, daß die Röhre seines Fracks knackte und schlug dem Deutschen freundschaftlich auf die Schulter:

„Was hilft euch eure Stärke — ihr seid zu fett geworden, um euch mit den anderen messen zu können!“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliche Werbeweche.

Zur internationalen Agitationswoche vom 11. bis 21. September.

Kun trete an, ihr tatgemohnter Streiter,
Und weise die eine Woche dem Verband!
Seid dem Verband bereite Begleiter,
Recht seine Kämpferschar im ganzen Land!
Geht in die Heime, geht in die Betriebe,
Geht überall, wo der Enterte schafft,

und künde ihm:
Verband ist Macht! Verband ist Kraft!
Verband ist Opferinn und Liebe!
Verband ist Schutz! Verband ist Trutz!
Verband ist Einigkeit im Ziel!
Verband ist Trumpf im Kräftespiel!
Verband ist Hilfe in der Not!
Verband ist Lohn! Verband ist Brot!
Verband ist freies Menschentum —
der Arbeit Evangelium!

Dem Trutz der Habsucht wollen wir beweisen,
Dass er uns nie und nimmer niederzwingt,
Dass es ihm nie gelingt, uns einzukreisen,
Wenn auch die Not uns an die Kehle springt.
Wir heben aus den dunklen Glendgraben,
Den letzten Paria ins helle Licht

und künden ihm:
Wer will, dass seine Kette bricht,
Ruß seinen Anechtinn erst entgotten —
Ruß im Gesicht für Brot und Recht
Nicht hinten, sondern vorne sein —
Ruß ungeduldt im Jorne sein,
Stürzt ihn sein Feind, das Kapital,
In dumpfe Not, in dumpfe Qual,
Denn einig wie das Kapital
Ruß auch die Arbeit sein!

Drum säume nicht, für den Verband zu werben,
Sei Pionier in diesem Weltgefecht,
Dann wirft auch du den größten Schatz verterben
Dem kommenden, dem siegenden Geschlecht!
Geht in die Heime, geht in die Betriebe,
Geht überall, wo der Verzogte schafft,

und künde ihm:
Verband ist Macht! Verband ist Kraft!
Verband ist Opferinn und Liebe!
Verband ist Schutz! Verband ist Trutz!
Verband ist Einigkeit im Ziel!
Verband ist Trumpf im Kräftespiel!
Verband ist Hilfe in der Not!
Verband ist Lohn! Verband ist Brot!
Verband ist freies Menschentum —
der Arbeit Evangelium!

Victor Kallnowski.

Gajda scheint Udrzals Protektions-
lind gewesen zu sein, wenigstens sagt Benes
weiter, daß Udrzal wohl acht gab, daß Gajda nicht
irgendwas ausführe, und immer die Hoffnung
hegte, daß sich Gajda einarbeiten werde. Als es
zu der förmlichen Agitation mit dem Namen
Gajdas kam, habe sich Benes vor allem mit Rück-
sicht auf das Ausland gegen diese Agitation ge-
mündet:

Es war dies unpatriotisch, für die Armer
wärdlich. Nicht, nicht nur des Generals, sondern
jedes wahren Patrioten wäre es gewesen,
sich all dem mit der allergrößten Entschiedenheit
entgegenzustellen.

General Stron habe sich im Laufe der Unter-
suchung öftlich einigemal an Benes gewendet,
soweit die Angelegenheit auch sein Ressort betraf;
sonst habe Benes aber geschwiegen, obwohl die
Kampagne der „Marodni Vist“ in der Leffent-
lichkeit ein Chaos erzeugte und den ganzen Staat
im In- und Auslande blöthstellte.

Der Konflikt Kofas-Stibrny

Bei ebenfalls zu einer Kampagne gegen Benes
ausgenutzt worden, die von derselben Qualität
wie in der Gajda-Affäre sei. Es wurde von
einem Komplott gegen Stibrny gesprochen, hin-
ter dem „die Burg“ oder zumindest Benes per-
sönlich dahinterstehe:

Anhalt einer vertraulichen und gerechten Un-
tersuchung über das Wesen der Angelegenheit, be-
gann eine Ständalisierungskampagne und man be-
schuldigte mich schrecklicher Komplotte und Intrig-
uen. Besehlich war die Erklärung des Dr.
Trub, bezüglich die Konstatierung des Vorsitzenden
Kofas und der zur Unterstützung der Angelegen-
heit eingesetzten Kommission. Ueberdies hat, wie
ich von kompetenten Faktoren weiß, am 4. August
1926 in einer Sitzung des Parteivorstandes Abg.
Stibrny selbst erklärt: „Ich habe mich
überzeugt, daß Benes mit dieser
Sache nichts gemein hat und daß ihm
daran nichts bekannt war.“

Benes konstatiert weiter, daß diese Ange-
legenheit auf dem Parteikonferenz erledigt werde,
daß er aber niemals irgendwelchen Kampf gegen
Stibrny geführt habe und daß dessen Vorgehen
gegen ihn einfach „ein psychologisches
Rätsel“ sei.

Die Nachreden, als ob Benes die Gründung
der nationalen Arbeitspartei betrieben habe,
sucht Benes mit dem Hinweis auf die Tatsache
zu entkräften, daß er vor mehreren Jahren selbst
von der Gründung einer eigenen Liga-Partei
ernstlich abgesehen habe; auch als ihn Stronka
im August 1925 von der Gründung der Arbeits-
partei verständlich habe, habe er ihm vor Augen
gezeigt, daß seine Standpunkte auseinandergehe,
daß eine neue Partei nicht gegründet werden solle.
Trotzdem behaupte die Nationaldemokratie, daß
er gegen sie eine Partei aus dem Boden aufstapft
habe. Nachdem er die Behauptung dementiert
hat, daß er das „Marodni Dvobojeni“ oder die
„Tribuna“ finanziere, geht Benes auf die

„Lüge von dem Otkroi und der Verfassungs- änderung“

ein, die von seinen Gegnern in der nationalsozia-
listischen Partei verbreitet worden sei. Eine Ver-
sion besage, daß er dies mit Gajda und
Stibrny habe machen wollen, nach einer an-
deren Darlegung wieder mit den Sozialisten, in
sogar die Deutschen und Ungarn hätten davon
profitieren sollen. Benes nennt dies „ein konfu-
ses Quengewebe“, andererseits eine „Spekulation
auf großen politischen Ansehensbedürfnis“, für
den es schon keine moralische oder politische Qua-
lifikation mehr gebe.

In einem Schlusssatz wendet sich Benes
wieder an die Legionäre und ruft sie auf, Hüter
der Reinheit des öffentlichen Lebens zu werden;
und, jeder an seinem Plaze, aufbauende Arbeit
für den Staat zu leisten. Daß seine Gegner aus
dem Brief eine Lehre ziehen und in ihren Angrif-
fen künftig etwas vorsichtiger würden, glaubt
Benes trotz allem nicht annehmen zu dürfen;
wenigstens schreibt er in diesem Schlusssatz:

— Ich werde eine Lüge widerlegen und sofort
werden Euch meine Widersacher eine neue In-
sultation vorlegen. Ich werde diese widerlegen und

es kommt in den Couloirs des Parlaments oder
in einem Blatte eine weitere Insultation. Zum
Schluß werden meine Widersacher wenigstens zu
schreien beginnen, daß meine Methoden und mein
Vorgehen nicht richtig sind, auch wenn ich recht
hätte. Hätte ich ein anderes Vorgehen gewählt,
hätten sie die Schuld in diesem anderen Vorgehen

gefunden. Morgen übermorgen werdet Ihr neue
Vorwürfe hören: Ich mache mir Neklame auf
Staatskosten, ich habe ehrgeizige politische Pläne,
u. a. Antworte ich darauf, kommt etwas Anderes.
So geht es schon sieben Jahre je nach der politischen
Situation einmal mit geringerer, einmal mit grö-
ßerer Intensität.“

Proletarische Jugend! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Wirtschaftskrise, die über das
arbeitende Volk Not und Glend gebracht hat, ver-
schärft sich von Tag zu Tag. Tausende und Aber-
tausende Proletarier wurden und werden arbeits-
los. Hunger und Glend sind unvorstellbar groß ge-
worden. Die Beschäftigungskrise, mitverursacht
durch die die Lebensmittelpreise ver-
teuernden Jölle, wirkt sich inner-
halb der proletarischen Jugend be-
sonders hart aus. Seit Jahren schon
bauert die Krise im Bergbau. Die jungen
Bergleute, die mit einem lächerlich geringen Lohn
vorlieb nehmen müssen, führen ein menschen-
unwürdiges Dasein. Die Beschäftigungskrise
in der Textilindustrie hat vor allem
laufende Proletariermädchen brotlos gemacht, die,
außerhande gewesen, sich von dem bisherigen
länglichen Verdienst etwas zu erübrigen, nun der
größten Entbehrung ausgesetzt sind. Auch in den
anderen Industrien, besonders in der Glas-
und Metallindustrie herrscht große Ar-
beitslosigkeit, deren Opfer vor allem die
jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind.

Die steigende Arbeitslosigkeit hat ein starkes
Ueberangebot von Lehrstellens-
werbern zur Folge; diese Tatsache verschleiert
die Bedingungen, unter denen die Lehrlinge
arbeiten müssen, ungemein. Für sie gilt der Acht-
stundentag fast überhaupt nicht mehr; der ihnen
gesetzlich zustehende Urlaub wird nicht gewährt;
die Meister und Vorgesetzten machen Vorstöße gegen
das Koalitionsrecht der Lehrlinge und gegen die
Erzungenchaften auf dem Gebiete des Fortbil-
dungsschulwesens; die ungesellige Nacharbeit im
Bäckerhandwerk und in den Glasfabriken schädigt
die Gesundheit der jungen Arbeitsmenschen; uner-
hörte Mißhandlungen von Vorgesetzten sind an der
Tagesordnung; in letzter Zeit bemüht sich zudem
die Gewerkschaft, die Lehrlinge aus der Sozial-
versicherung auszuschalten und so ihren Anhän-
ger für ihre verfehlte Jölpolitik eine teilweise
Entschädigung zu schaffen. So zeigt denn
die wirtschaftliche Lage der arbei-
tenden Jugend ein trostloses Bild.

Dieser wirtschaftlichen Reaktion, die ihre
Opfer in so großer Zahl in den Reihen der pro-
letarischen Jugend findet, gefüllt sich die poli-
tische Reaktion. Diese findet ihren Aus-
druck in erster Linie in den Bestrebungen der
militärischen Kreise. Das Soldatenwahl-
recht wird abgeschafft; damit wird eine Tat ge-
setzt, die so unmoralisch und schändlich ist, wie die
Wehrpflicht selbst. Die Präsenzdienstzeit
wird, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen,
nicht verkürzt. Dafür aber soll die sogenannte
Wehrvorbereitung, der die gesamte männ-
liche Jugend vom 18. bis zum 22. Lebensjahr
unterworfen werden soll, Wirklichkeit werden;
man hat die Absicht, die Feldweibel auf die jugend-
liche Bevölkerung loszulassen und sie zum Mil-
itarismus, zum Kriegsdienst, zu erziehen.

Die Vorstöße der Reaktion müssen und wer-

Beratungen des Verbandsvorstandes der sozialistischen Jugend.

Der erweiterte Verbandsvorstand des Sozial-
istischen Jugendverbandes hielt am 11. und 12.
September eine Sitzung ab, in der nach einer Er-
läuterung der wirtschaftlichen und poli-
tischen Lage und nach ausführlicher Beschei-
rede beschlossen wurde, womöglich gemeinsam mit
der tschechischen sozialdemokratischen Jugend ein
wirtschaftliches Mindestprogramm anzuarbeiten,
zu dessen Erfüllung die Unter-
stützung der Gewerkschaftszentren zu sichern wäre.
Ein vom Verbandsvorstand beschlossener Aufruf
nimmt zur wirtschaftlichen und politischen Lage
Stellung. Gegen die Bemühungen der Gewerbe-

den dafür sorgen, daß das Jungproletariat den
Wert des Zusammenschlusses in der sozialistischen
Jugendbewegung erkenne. Die Anschläge des
Bürgerturns beider Nationen auf die Lebenshal-
tung des Proletariats und die Absichten der Mil-
itärkräfte können nur im Kampfe gegen die rea-
ktionären Kräfte jünchig gemacht werden.

Wir rufen die proletarische Jugend der
tschechoslowakischen Republik zu diesem Kampfe
auf und geben der Hoffnung Ausdruck, daß er
die deutsche und die tschechische sozialdemokra-
tische Jugend in einer Front finden wird.

Der internationalen Kampf-
front des Bürgerturns dieses Landes
muß die gemeinsame Kampffront
der proletarischen Jugend entgegen-
gesetzt werden.

Der Kampf gegen die wirtschaftliche und poli-
tische Reaktion wird nicht von den Jugendver-
bänden allein geführt werden können; die Ge-
werkschaftsorganisationen und die
sozialdemokratische Partei, die treuen
Schwäger der arbeitenden Jugend, werden ihn
unterstützen. Darum hat die proletarische Jugend
die Pflicht, sich nicht nur der sozialistischen Ju-
gendbewegung anzuschließen, sondern auch den
Zusammenschluß in den Gewer-
schaften zu suchen. Sie wird der Partei die
Treue halten und ihr mit jugendlicher Begeisterung
dienen.

Wir kämpfen um die Einhaltung des Acht-
stundentages, um die Erfüllung unserer Urlaubs-
forderungen und gegen alle Anschläge auf die
wirtschaftlichen Erzungenchaften der proletarischen
Jugend. Mit aller Entschiedenheit wenden wir
uns gegen die sich häufenden Lehrlingsmißhan-
dlungen und gegen die wachsende Ausbeutung der
Jugend im Kleingewerbe. Wir verlangen die
Herabsetzung der Militärlasten, ins-
besondere die Kürzung des Präsenz-
dienstes und die Beibehaltung des
Soldatenwahlrechtes. Die sozial-
istische Jugend gelobt, den Gedanken
und die etwaige Durchführung der
Wehrvorbereitung mit allen ihr zu
Gebote stehenden Mitteln zu be-
kämpfen. Sie erwartet bei ihren Bestrebungen
die Unterstützung aller jugendlichen Arbeiter und
Arbeiterinnen und des gesamten Proletariats. Der
Kampf gegen die Reaktion kann nur auf sozial-
demokratischer Grundlage geführt
werden; wir sprechen daher die Erwartung aus,
daß sich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterin-
nen der sozialdemokratischen Bewegung anschlie-
ßen werden.

Es lebe der Freiheitkampf der proletarischen
Jugend!

Der Verbandsvorstand des sozialistischen Jugendverbandes.

treibenden, den Lehrlingen durch Teroz das
Koalitionsrecht zu rauben, wurden ent-
sprechende Beschlüsse getroffen. Auch wurden
gegen die Bestrebungen, die Lehrlinge aus der
Sozialversicherung auszuschalten, Ab-
wehrmaßnahmen beschlossen. Die Jugendsozial-
komitees erhalten für ihr soziales Wirken ent-
sprechende Beisungen; sie werden sich noch enger
als bisher an die Gewerkschaften an-
schließen und den Gedanken des gewerkschaft-
lichen Zusammenschlusses in der arbeitenden
Jugend propagieren. — Eingehend wurde über die
Vorlage betreffend die Wehrvorbereitung
beraten. Eine großangelegte Abwehraktion wird
vorbereitet. — Das Verhältnis des Jugendver-
bandes zu den Ordnerformationen der

Partei wurde geklärt. — Eine Ausprache über die
Arbeitsmethoden der Jugendorga-
nisation und über die bürgerliche
Jugendbewegung schloß die Beratungen
des Verbandsvorstandes ab, die sich auch um die
Schaffung eines Reichsjugendheimes be-
wegten. — Der engeren Führung des Verbandes
wurde das Vertrauen ausgesprochen.

Sitzung des Frauenreichskomitees.

Am 14. d. tagte in Prag unter dem Vorsitz
der Genossin Anna Perthen das Frauenreichs-
komitee. Die Sekretarin Genossin Blatny be-
richtete über die Tätigkeit in den vergangenen
Monaten und referierte über die bevorstehende
Reichsfrauenkonferenz und die Auf-
gaben der sozialdemokratischen Frauen in der
gegenwärtigen Situation. In der Debatte sprachen
die Genossinnen Kizpal, Perthen, Joll,
Schaffer, Schäfer, Rejzl, Neumann,
Kontad, Deutsch, Kahay und Genosse
Laub. Es wurde beschlossen, die Reichsfrauen-
konferenz in Verbindung mit dem Parteitag am
19. November in Teplich-Schönanu abzu-
halten. Ferner wurde beschlossen, eine intensive
Beratungstätigkeit zu entfalten und eine
Berberaktion, die vor dem Parteitag abge-
schlossen sein soll, abzuhalten. — Hierauf erließen
Genosse Paul Vorschläge für die Bildungs-
arbeit unter den Frauen. Die gemachten Vor-
schläge wurden einstimmig angenommen, beson-
ders wurde es begrüßt, daß im kommenden Früh-
jahr wiederum eine Reichsfrauen-
schule veranstaltet werden soll. Zum Schluß wurde
noch einige interne Angelegenheiten verhandelt.

Aus dem Parlamentspräsidium. Der Vor-
sitzende des Abgeordnetenhauses Malypetr hat
bereits die Führung der Geschäfte übernommen
und wird, wie das „Pravo Lidu“ meldet, Ver-
handlungen mit der Regierung und den Parteien
über die Forderung einiger Klubs wegen Einbe-
ziehung des Parlaments einleiten. Diesbezüglich
soll Ende der Woche eine Sitzung des Parlaments-
präsidiums stattfinden. Ebenfalls wird sich das Prä-
sidium des Senates mit einem ähnlichen Verlangen
mehrerer Senatsklubs befassen.

Gemäßigte Haltung der tschechischen Agrarier.
Montag fand in Brünn eine Konferenz der mähri-
schen Parteisekretäre der tschechischen Agrarpartei
statt, auf der der Generalsekretär der Partei, Ab-
geordneter Veran, das politische Referat er-
staltete. Ueber die Gajda-Affäre drückte er sich nach
den Informationen des „Marodni Dvobojeni“
sehr rückwärts aus und erklärte kategorisch,
daß sich die Agrarpartei keineswegs
hinter Gajda stelle, wenn sie auch mit der
Art, wie die Affäre behandelt wurde, nicht über-
einstimmen könne. Was den Streit Stibrny-Kofas
betreffe, so bedauere die Partei, daß in die
tschechische Innenpolitik zur Beteiligung un-
gewisser Personen Methoden eingeführt wurden,
wie sie nur auf dem Balkan üblich sind. Für das
Interdium des Präsidiums sei die gesamte
Regierung verantwortlich. Endlich er-
klärte Veran, daß der frühere Ministerpräsident
Kochla in den nächsten Tagen die Führung der
Geschäfte als Parteivorstand wieder über-
nehmen und gleichzeitig Besprechungen über
aktuelle Fragen und die politische Situation be-
ginnen werde, und gab der Meinung Ausdruck,
daß die Beamten-Regierung noch längere
Zeit im Amt bleiben werde; für sie werde
man eine parlamentarische Mehrheit schaffen
müssen.

Parteibeschluß der Nationaldemokratie. Einem
von der nationaldemokratischen Partei ausgehenden
Kommissar ist zu entnehmen, daß der Zentral-
vollzugsausschuß dieser Partei gemeinsam mit den
parlamentarischen Vertretern am Montag eine Sit-
zung abgehalten hat. Dem Vorsitzenden der Partei
wurde mit Rücksicht auf dessen Bolemik mit dem
Präsidenten das Vertrauen ausgesprochen und zu-
gleich gesagt, daß sich die Partei hinter ihren Vor-
sitzenden stelle. Die Konferenz sprach auch ihre Zu-
stimmung zu dem Vorgehen der bür-
gerlichen Parteien in der Affäre
Gajda aus. Bemerkenswert ist ein Passus über
die Beamtenregierung, worin es heißt, es werde
als notwendig erachtet, daß das heutige Regie-
rungssystem sobald als möglich im Interesse der
Demokratie und des Konstitutionalismus beendet
wird.“

Die ganze Familie erschossen. Der Landwirt Oskar Dörge in Altenburg erschoss am Sonntagabend zwischen um 6 Uhr nach einer eheleichen Auseinandersetzung seine Frau und seine Stiefkinder und verletzte seinen Stiefsohn durch einen Kopfschuß tödlich. Die Frau hat er im Stuhl getötet, ihre beiden Kinder aus erster Ehe in der Wohnung. Schließlich hat er sich selbst eine Kugel in den Kopf gejagt, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Der Grund zu der schweren Missetat liegt darin, daß das Ehepaar in Scheidung lag. Die Frau war Vormund ihres unmündigen Sohnes und verwaltete dessen Vermögen, während sie ihren Mann, der selbst ohne Vermögen war, ziemlich knapp hielt. Darüber war es ständig zu Reibereien gekommen.

Eine tapfere Prophetin. Die Geschichte hat sich in Belgrad zugetragen; Schauplatz: eines der am meisten besuchten Kaffeehäuser der Hauptstadt. Beginn der Szene: Vorfahren eines Wagens, Aufmerksamkeit der auf der Strohkantente sitzenden Kaffeehausgäste. Gleich darauf maßlose Uebertreibung, teils freundlich, teils erschreckt, je nach dem Temperament und Alter der Zuschauer: aus dem Wagen steigt eine Dama, aber eine Dama ohne jede Hülle, nackt wie Eva; sie bezahlt in Ruhe den Aufseher, während die Gäste ihre Rückseite studieren — und schon feststellen können, daß das Ganze ungemein wohlgestaltet sein muß — wendet dann ihre Vorderansicht dem Kaffeehaus zu, wandelt gemessen durch die Reihen der Sitzenden in den Saal, legt sich ebenfalls und wartet geruhlos auf den Reizner. Als wäre nichts geschehen, als sei alles in üblicher Ordnung. Die Gäste aber und das Personal des Hauses bleiben nicht ebenso gelassen, man sprang auf, man umdrängte den paradiesischen Einbringling, die einen blieben ihm für geistesgestört, andere schrien nach der Polizei, und der hinzukommende Hüter der öffentlichen Sittlichkeit verbot zunächst einmal die weitere Schaustellung und verfügte die Verhüllung des schönen Gastes. Was mancher aufreißig behauptete! Dann nahm der Wachmann natürlich die Personalien der lebenden Aktivistin auf, und es ergab sich, daß die 30jährige verheiratete und Mutter zweier ehelicher Kinder war. Sie erklärte, sie sei doch nur ein wenig weitergegangen als die geistende Mode, warum sollten die Frauen nicht lieber ganz unbedeckt sich zeigen, es wäre vielleicht anständiger. In Belgrad hat man, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, über den Fall viel gelacht — in England hätte man zweifellos sich sehr entrüstet — die alten Griechen hätten die Schöne um ihrer Schönheit willen vielleicht freigesprochen, die heutigen Serben sind immerhin keine Hellenen, und so wurde die Sündenin bestraft, aber nur mit zwei Tagen Haft. Und es soll Leute geben, die hoffen, daß die Dame ihre „Propaganda für neue Frauenstracht“ fortsetzen werde.

Amerikanische Hilfe für die englischen Bergarbeiter. Die Arbeiterinnen von Forest Park (N. S. A.) haben dem Streikfonds der englischen Bergarbeiter 300 Dollar gesandt.

Tony Sender in Amerika. Genoffin Tony Sender, das jüngste weibliche Mitglied des deutschen Reichstages, spricht gegenwärtig in New York über die Verhältnisse in der deutschen Republik vor den sozialistischen Arbeitern in New York.

Erster deutscher Richtertag in Eger. In Eger hielt am 11. und 12. September die Richtergewerkschaft deutscher Richter in der Uch. Hofsołowaki ihren ersten deutschen Richtertag. Die Hauptversammlung, die im Sitzungssaal des Stadthauses am Samstag stattfand, wurde von dem Vorsitzenden der Gewerkschaft, Oskar Stehr, Prag, eröffnet, der auch verschiedene Abordnungen anderer Staatsbeamtenvereinigungen begrüßen konnte. Namens der Stadt Eger begrüßte der Bürgermeisterstellvertreter Hans Schneider die Tagung. Nach den Berichten der Amtswörter nahm die Tagung einstimmig eine Ent-

schließung an, in der die Forderungen der deutschen Richter niedergelegt sind. Die Entschließung fordert die Aufnahme deutscher Richterämter nach dem nationalen Schlüssel, Rückgängigmachung der Verletzungen ins schwebische Gebiet, betonte die zweifache Mehrarbeit bzw. Erhöhung um 50% der Gehaltsätze durch die tschechische bzw. doppeltschechische Amtierung, die Benachteiligung der Richter durch das neue Gehaltsgezet, das ihnen die Vorteile der letzten Dolansky nahm, verlangt die Vergütung, sowie Anerkennung der den Staatsanwälten der Staatsanwaltschaften seit 1879 bis zur letzten Dolansky zugebilligten Dienstzulagen für ihren beschwerlichen Journalisten. Die am Schluß der Hauptversammlung durchgeführten Reumahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender Oskar Stehr, Prag, erster Stellvertreter Oskar Hans Fuhrmann, Eger, zweiter Stellvertreter Oskar Dr. Emil Honfisch, Brünn, Kassawort Bezirksrichter Dr. Hans Dr. Stellvertreter Richter Dr. Viktor Königsmidit, Eger, Schriftführer Staatsanwalt Norbert Böhrsch, Eger, Stellvertreter Staatsanwalt Hermann Stein, Eger. Als verantwortlicher Schriftleiter der Mitteilungen der Gewerkschaft wurde Oskar Dr. Wilhelm Dub, Eger, gewählt. Der Sonntagvormittag brachte im Schönergerichtslande des Kreisgerichtes mehrere Hochverträge, der Nachmittag einen gemeinsamen Ausflug nach Franzensbad.

Weitere Ausbreitung der Typhusepidemie in Hannover. Die Typhuserkrankungen in Hannover sind immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Bis Montag abends waren rund 700 Typhuserkrankte in den städtischen Krankenhäusern und Seuchenbaracken eingeliefert worden. 14 Todesfälle waren bis dahin zu verzeichnen. Man nimmt an, daß die Epidemie etwa Mitte der Woche ihren Höhepunkt erreicht und dann langsam abflauen wird. Um die Kranken unterbringen zu können, wurden weitere Schulgebäude geschlossen, jedoch hat man bisher davon abgesehen, die Schulen allgemein zu schließen. Von Dienstag morgens an eröffnet die Stadtverwaltung drei Impfstellen, wo der Bevölkerung Gelegenheit geboten ist, sich einer freiwilligen Schutzimpfung zu unterziehen. Von einer Zwangsimpfung hat man bisher Abstand genommen.

Der 6. September in Amerika wird als „Labor Day“ (Arbeiter-Tag) von allen sozialistischen Arbeitern Amerikas durch Arbeiterzüge gefeiert. Die sozialistischen Blätter haben aus diesem Anlasse nach amerikanischer Sitte von den amerikanischen Gewerkschaften Grüße und Widmungen, oft die ganze Seite groß, eingesendet. Unter diesen Begrüßungsschreiben ist eines der interessantesten das der Regier. Es lautet: „Grüße von der Bruderschaft der Schlafwagen-Gepäckträger New York.“ Die Regier-Arbeiter schließen durch die Bruderschaft der Schlafwagen-Gepäckträger ihre mächtige Stimme den kämpfenden Arbeitern der West an, daß eine neue soziale Gesellschaftsordnung aufzubauen werde, in welcher es weder Armut, noch Unwissenheit, noch Krieg, noch Vorurteile geben wird. Die Arbeiter von überall, jeder Klasse und jeder Farbe, wir schließen unsere Hände einig zusammen, auf dem Vormarsche der Arbeit, die Welt für diejenigen zu erobern, die ausvolle Arbeit leisten.“ Hierzu wäre zu bemerken, daß die Regier auf Veranlassung von Eugene B. Debs sich zum erstenmal im Jahre 1891 in der American Railway Union gewerkschaftlich organisierten. Die Schlafwagen-Gepäckträger der Regier befehlt seit August 1925. Um die gewerkschaftliche Organisation der Regier hat sich A. Philipp Randolph, der Herausgeber des Messengers Magazine, große Verdienste erworben.

Eine amerikanische Antiskizzen-Expo ist gegen das verflochte Italien in Leben gerufen worden. Ihr Sitz ist in New York. An ihrer Spitze stehen Eugene B. Debs und John Baccaro.

Einen solchen Kampf mit sich selbst und der Außenwelt führt einer der Unfrigen in dem kleinen nordmährischen Städtchen Bärn. Ohne hoffen zu können, daß eine bürgerliche Kritik ihn anerkennen wird, fast unbeachtet von den eigenen Genossen, lebt Hans Honheiser in bescheidenen Verhältnissen, emsig bauend an seiner eigenen Bildung, schwer ringend mit dem Willen, sich seinen Zeit- und Klassenverhältnissen verständlich zu machen, ihnen ein Bröcklein seines reichen Empfindens mitzuteilen.

Honheiser's Leben ist ein reiches Proletariatschicksal. Er hat alle irdischen Unbillen eines solchen Schicksales mit- und durchgemacht, ringt in seinen Schriften nach Ausdruck und Gestaltung, kämpft gegen die ihm bewußten Mängel seiner Bildung und seines Wissens ehrlich und mit Erfolg, läßt sich nicht zermürben und wird nicht umkommen in der Treitmühle des Alltags.

Nicht der Ehrgeiz, Dichter zu sein, nicht die Lust zu fabulieren ist's, die ihn zum Schreiben zwingt, sondern der Drang, den Kampf des Proletariats, die Mühsale der Arbeiterklasse dichterisch zu gestalten. Dabei buhlt Honheiser nicht um die Gunst seiner Genossen, noch weniger um die der Presse. Seine Arbeiten verzichten auf billige Schlagworte und sind nicht zugeschnitten für stürmenden, drängenden Arbeitergeist, der sich nur zu gern berauscht an den Kämpfen der Vergangenheit, wo ein Stürmlied die Begeisterung entfachte. Seine Schöpfungen sind schamlos, in Leben geborene Kinder der Gegenwart, und nur jenen ganz verständlich, die Gleiches erlebt und erfährt haben wie ihr Erzeuger, deren Seelen mitschwingen wie gleichgelmte Saiten.

Hätte Honheiser's Biographie nicht in der düsteren Proletariatsstudie gestanden, wäre er in sonnigem Lande herangewachsen und hätte die Möglichkeiten gehabt zu studieren und sich zu bilden, er wäre wohl sicher ein glänzender Stern höherer

Gerichtssaal.

Ein hakenkreuzerlicher Angeber vom Verurteilungsgesicht der „Infamie“ geziehen.

Eger, September. Vor einiger Zeit wurde in Reudel gegen den Arbeiter-Turnverein eine anonyme Anzeige erstattet. Auch gegen den Mann der Freidenker listet zweimal anonyme Anzeigen wegen Nichtanmeldung von Versammlungen ein, die mit Geldstrafen geschätzt wurden. Die Anzeigen mußte ein Angehöriger der politischen Bezirksverwaltung erstatten haben. Als Protokollist war aber in der Bezirksverwaltung der Sohn des Reudeler „Amatorschlichters“ beim Bezirksgericht, ehemaligen 1. L. Wachtmeisters, eifrigen Mitglieds des hiesigen Volksbundes, Herr J. Sidöner angestellt. Dieser Herr Sidöner, ein heffnungsvoller Hakenkreuzler, beteiligte sich höchst tatkräftig an der Kampagne gegen den später verurteilten Bezirkschulinspektor Storch, dem man „nationalen Verrat“ vorwarf und der von dem hiesigen Leiter der Bezirksverwaltung, Dr. Schramm, aus dem Bestrafungsbuch wurde. Sidöner tat unter anderem die Äußerung, er werde mit dem Inspektor nur noch vor Zeugen sprechen, da Storch ihm eine Äußerung in den Mund gelegt habe, die er nicht getan habe. Storch erklärte diese Äußerung des viel versprechenden jungen Mannes als „Infamie“ und beschuldigte ihn der anonymen Anzeige gegen den Arbeiter-Turnverein. Sidöner flüchte und Storch wurde in erster Instanz verurteilt. Das Kreisgericht Eger (Oskar Müller) als Verurteilungsgesicht: hob das erstinstanzliche Urteil auf, trotzdem der Rat Dr. Schramm die anonyme Anzeige des Sidöner als „Amatorschlichtung“ erklärte, sprach Storch frei und verurteilte Sidöner zur Tragung der Kosten, da der Wahrheitsbeweis erbracht und der Ausdruck „Infamie“ eine erlaubte Äußerung für das Vorgehen Sidöners sei.

Zur Charakteristik der Zustände in Reudel sei angeführt, daß Sidöner sich freiwillig abbaufen ließ und selbstem Buchhalter in einer Mühle ist, die der „Schwägerin“ des hiesigen Bezirkschulinspektors Schramm gehört. Das Urteil ist vor allem von Interesse, weil es vor deutschen Richtern gegen einen Hakenkreuzler gesprochen wurde und sich indirekt auch gegen den hiesigen Rat Schramm richtet. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Sidöner übrigens auch wegen Reineids die Klage eingbracht.

Volkswirtschaft.

Kongress der schwedischen Gewerkschaften.

Der in der Zeit vom 28. August bis 4. September in Stockholm abgehaltene Kongress des schwedischen Gewerkschaftsbundes kann sicher als einer der wichtigsten bisherigen gewerkschaftlichen Tagungen in Schweden bezeichnet werden. Welch großes Interesse diesem Kongress von den angeschlossenen Verbänden entgegengebracht wurde, geht aus dem Umstand hervor, daß zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung nicht weniger als 191 Anträge vorlagen. Der Kongress hatte sich in erster Linie mit der Industrieverbandsfrage — wozu 25 Anträge vorlagen — zu befassen, ferner mit dem Problem der stärkeren Zentralisation des Gewerkschaftsbundes, das heißt, der Vermehrung seiner Befugnisse bei Angriffskampagnen.

Aus dem vom Vorsitzenden Thorberg erstatteten Tätigkeitsbericht über die seit dem letzten Kongress verflorenen vier Jahre geht hervor, daß

Ordnung am Himmel der Kunst geworden; er hätte Ehren eingeholt, wie sie eben nur die bürgerliche Gesellschaft bieten kann, und wäre unserer guten Sache — verloren gegangen. Deshalb soll uns das kleine Sternchen, das sich mit totem Lichte durch den Dunstkreis des Proletariats leuchtend hindurchdrängt, Freude bringen. Ihm aber soll es Trost und Befriedigung geben, wenn zerbrochene Menschen, leidende Armut, schwer arbeitende Brüder und Schwestern seine kleine Gemeinde bilden, wenn er in dämmernden Gassen, am sarrtenden Weibstuhle und im Kreischen der Maschinen ein Rufen des Dankes und — einen Seufzer des Verlebens findet.

Hans Honheiser ist 1889 in Oberdorf bei Wiggstahl als unehelicher Sohn einer Tabakarbeiterin geboren. Sein Vater, ein Tischler, hatte sich durch seine Holzschneidarbeiten einen Namen gemacht. Von ihm hat er wohl sein Kunststreben ererbt. Er besuchte die Volks- und Bürgerschule in Wiggstahl und fiel dort durch seine Ergabung auf. Sein Großvater, ein Wiggstahler Genosse, auf den er seine ganze Hoffnung gesetzt hatte, bestimmte ihn für den Lehrerberuf, starb aber leider zu früh und Honheiser mußte trotz monatelangen Sträubens „auf die Lehre gehen“ und kam in eine Manufakturwarenhandlung nach Römischstadt. Hier hielt er nur wenige Tage aus — er konnte das „Rüh die Hand an Frau“ nicht erlernen; er ging einfach durch. Nachdem er sich wieder einige Zeit bürgerlich an den Wald- und Feldarbeiten zwischen Wiggstahl und Bausch herumgetrieben hatte, wurde er Gehilfe im Konsumverein und nach einem Streite mit dem Lagerhalter, handlangte auf einem Bau. Endlich brachte ihn gute Freunde in der Seidenfabrik Trebitzsch in Wiggstahl als Seidenweber unter. Jetzt trat er in unsere politische und gewerkschaftliche Bewegung ein und brachte es frühzeitig zum Funktionär und schließlich zum Gewerkschafts-

führer die schwedische Gewerkschaftsbewegung erweitert, entwickelt hat. Die Mitgliederzahl stieg von 202.917 im Dezember 1922 auf 397.354 im Juni 1926 (360.000 Männer und 37.000 Frauen). Trotz Krise und Arbeitslosigkeit sind die Gewerkschaften im beständigen Vormarsch begriffen. Die geführte Lohnpolitik war hauptsächlich auf die Erhaltung der Reallohn gerichtet. Es ist denn auch dem Gewerkschaftsbund gelüht, die Lohnherabsetzungen in der Krisenperiode aufzuhalten, so daß im Jahre 1925 der Reallohn 22 Prozent über das Lohnniveau des Jahres 1913 zu stehen kam. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

Der Kongress behandelte hierauf einen Antrag betreffend die Umbildung der Landeszentrale in zentralistischer Richtung. Die Antragsteller waren der Meinung, daß diese Umstellung, die gleichzeitig eine Erweiterung des Einflusses und des Mitbestimmungsrechts des Vorstandes bedeuten würde, dem Gewerkschaftsbund aus einer reinen Abwehrorganisation zu einer Abwehr- und Angrifforganisation umgestalten und es auf diese Weise gelingen würde, die Löhne der am schlechtesten entlohnten Arbeiter zu heben und ein einheitliches Lohnniveau zu schaffen. Der Antrag wurde vom Vorstand bekämpft, nach einer ausführlichen Debatte wurde beschlossen, die Frage einer „vorurteillosen Prüfung“ zu unterziehen. Der Kongress behandelte sodann den wichtigsten Punkt der Tagesordnung: die Industrieverbandsfrage. Bekanntlich beschloß der letzte Gewerkschaftskongress im Jahre 1922 die Umbildung der Berufsverbände zu Industrieverbänden, die bis zum 1. Jänner 1925 durchgeführt werden sollte. Dieser Beschluß konnte jedoch nicht verwirklicht werden. Der Vorstand hat seinerzeit eine Organisationsvorlage ausgearbeitet, die jedoch auch nicht die Bildung reiner Industrieverbände vorsieht, sondern eher als ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Auffassungen bezeichnet werden kann. Das Grundprinzip dieses Organisationsplanes ist, daß alle Arbeiter, die unter den gleichen Tarifvertrag fallen, auch der gleichen Organisation angehören müssen. Eine Reihe von den dem Kongress zu diesem Punkte vorliegenden Anträgen forderte Änderungen in Einzelheiten des Planes, während in anderen Anträgen die Vornahme einer Urabstimmung, eine Verschiebung der Durchführung des letzten Kongressbeschlusses sowie eine neue Untersuchung, respektive Ausarbeitung eines neuen Organisationsplanes gefordert wurde. Die Debatte, die mehrere Tage in Anspruch nahm, deckte eingehende Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit, beziehungsweise Zweckmäßigkeit der Durchführung der neuen Organisationsform auf. Auf der einen Seite wurde die vorgeschlagene Zusammenfassung der neuen Verbände stark kritisiert, während auf der anderen Seite verschiedene Vertreter der reinen Berufsverbände kein Hehl daraus machten, daß sie lieber die Verbindung mit der Landeszentrale ablehnen würden, als ihre bisherige Selbständigkeit aufgeben. Zu diesem Punkte hatte der Vorstand eine Entschließung vorgelegt, die besagt, daß, obwohl der vom letzten Kongress gefasste Beschluß, betreffend Uebergang zu Industrieverbänden nicht innerhalb der vom Kongress festgesetzten Frist durchgeführt werden konnte, die Frage doch ihrer Lösung bedeutend nähergeführt worden sei. Der Kongress stimmte der vom Vorstand ausgearbeiteten Vorlage als einer Grundvorlage für die Organisierung der Industrieverbände zu und forderte die angeschlossenen Verbände auf, den Uebergang der Ortsgruppen und Mitglieder in die neuen Verbände zu beschleunigen. Die Verbände, die einen Kartellvertrag abgeschlossen haben, werden aufgefordert, ihre Tätigkeit so einzurichten, daß ein baldiger organisatorischer Zusammenfluß erreicht werden kann. Eventuelle Grenzstreitigkeiten sollen durch Verhandlungen, bei denen der Vorstand vertreten sein soll, beseitigt werden.

Diese Entschließung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Es wurde jedoch hierbei ausdrücklich festgestellt, daß Verbände, die sich diesem Beschluß nicht fügen wollen, nicht ausgeschlossen werden dürfen. Es wird dem nächsten Gewerkschaftskongress vorbehalten sein, zu dieser Seite der Frage Stellung zu nehmen. Weiter behandelte der Kongress die Frage der Aufgaben der Ortskartelle. Es haben sich auf diesem Gebiete verschiedene Streitfragen ergeben. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, in der die Aufgaben der Ortskartelle näher umschrieben werden und gesagt wird, daß sich die Kartelle nicht mit Fragen befassen dürfen, die gemäß den Verbandsstatuten nur von den Ortsgruppen behandelt werden können. Auch haben sie nicht das Recht, Boykotts usw. zu proklamieren. Ein weiterer Punkt, mit dem sich der Kongress zu beschäftigen hatte, betrifft die „Monopolisierungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung“. In der letzten Zeit haben einige Gewerkschaften, hauptsächlich des Baugewerbes, versucht, die Retraituren des Berufes zu verhindern (sowie den Arbeitsmarkt durch Verweigerung der Aufnahme neuer Mitglieder abzusperren). Diese Schritte sind in der bürgerlichen Presse lebhaft kommentiert worden. Es wurde hierzu eine vom Vorstand vorgeschlagene Entschließung angenommen, die diese Monopolisierungen verurteilt und entschieden die Politik der offenen Tür verteidigt. Ein Antrag, betreffend den Kollektivausfluß der Ortsgruppen an die Partei wurde abgelehnt. Nach Erledigung dieser Anträge ging der Kongress zur Behandlung der äußerst zahlreichen Statutenänderungsanträge und zur Wahl der leitenden Instanzen des Gewerkschaftsbundes über. Die Tagung, der Dubegeest als Vertreter des N. O. B. bewohnte, legte Neugis ab vom rogen Leben, der Stärke und den guten Zukunftsaussichten der schwedischen Gewerkschaftsbewegung.

Hans Honheiser.

Von R. A. Schön.

I.

Die folgende „Meine Würdigung unserer Schriftstellersgenossen“ erschien vor kurzem in der „Volksmacht“, unserem Mähr.-Schönberger Kreisblatt. Hans Honheiser ist den Lesern unseres Blattes aus manchem Gedicht und manchem Prosastück wohl bekannt. Es dürfte darum auch dieser treffliche Aufsatz eines Landsmannes über Leben und Dichten Honheiser's vielfach Interesse finden.

Bürgerliche Schriftsteller haben eine weitverbreitete, meist zinkig eingestellte, oft käufliche Presse zur Verfügung und können ihre Produkte einem geduldig lauschenden Publikum aufdrängen; bürgerliche Dichter und Künstler werden oft von „Eliten“, sogenannten Künstlergemeinden „gemacht“ und sind zahlreich wie der Sand am Meere. Proletarische Schriftsteller und Arbeiterdichter hingegen müssen sich schwer durchsetzen, müssen ankämpfen nicht nur gegen die Reichsmacht der Klassengegner und deren allmächtigen Presse, sondern auch gegen die allzuverlässige geistige Schwere der eigenen Klasse. So ist es erklärlich, daß Proletarische Schriftsteller und Dichter spärlich gesät sind und die wenigsten sich spät oder auch gar nicht durchzusetzen vermögen. — Un dankbar, wenn auch gewaltig, sind ihre Stoffe und wenn, wie heutzutage des öfteren, unsere Schriftsteller Autodidakten sind, mit nur primitiver Schulbildung, so können sie auch die rein technischen Schwierigkeiten hergehob vor ihnen auf. Ihnen gegenüber muß daher unsere Kritik eine andere, unser Entgegenkommen ein anderes sein.

41.000 stellunglose technische Beamte in Deutschland. Auf dem gegenwärtig in Berlin stattfindenden Bundestage des Bundes der technischen Angestellten und Beamten berichtete Schweizer über die Arbeitslosigkeit der technischen Angestellten. Ende Juli gab es 41.210 stellunglose Techniker; rund 50 Prozent der arbeitslosen Techniker sind über 40 Jahre alt. Trotzdem keine Aussicht auf Besserung vorhanden ist und mit einem weiteren Abbau gerechnet werden muß, herrscht ungeheurer Andrang zu den technischen Berufsämtern und die Besucherzahl der technischen Lehranstalten ist doppelt so groß wie vor dem Kriege.

Prager Produktionsliste. (Offizieller Bericht vom 14. September.) Die Gesamtrendenz der heutigen Produktionsliste kann als ruhig und unverändert bezeichnet werden. Trotzdem der Besuch zahlreich war, bewegte sich das Geschäft in engen Grenzen. Auf dem Getreidemarkte überwiegt das Angebot, aus welchem Grunde die Preise fast sämtlicher Artikel abflauten. Auch die amerikanischen Weidungen beeinflussten den hiesigen Markt in ungünstiger Weise. Auf dem Weidmarkt herrschte eine behauptete Stimmung, auch Weis konnte seine letzten Preise behaupten. Hälftenfrüchte, Hen und Stroh blieben ohne Veränderungen. Amerikanisches Fett zog im Preise etwas an, magararisches blieb unverändert. — Es notierten in K^o: Böhme, Weizen, Prag 225 bis 230, Böhme, Korn, Prag 165—170, Böhme, Gerste, Prag 155—160, Böhme, Gerste, Austerlitz, Prag 165 bis 170, Böhme, Hafer, feucht, Prag 130—132, Böhme, Hafer, weiß, Prag 135—135, Amerik. Patentmehl, Prag 390—400, Weizenmehl C^o 397—402, Weizenbrotmehl Nr. 4 207—217, Roggenmehl 0/1 287—294, Weizen Grieß 402—412, Reis Burma II, Teichmehl 305—310, Reis Arracan, Teichmehl 335—350, Reis Moulman extra, Teichmehl 367—384, J^ol. Reis, G^ott, Prag 425, Kaffee Rio 27.5—28, Kaffee Santos 20 bis 22.5, Kaffee Quintermala 35.50—38.50, Kaffee Portoriko 38—39.5, Tee Sonching 54, Tee Orange Pekoe 60—65, Mandeln Bari 1.15, Mandeln ausgedrückt 35, Rosinen 16—19.5, Nüssen, Böhme, 90, Nüssen bosnische, getrocknet 295, Böhme, Nüsse, neu 500, Rümmele, Böhme, 600—650, Rümmele hell 725 bis 750, Erbsen, grüne 1925 300—350, Erbsen, gelbe 1925 225—250, Erbsen Victoria 1925 300—350, Linsen 350—400, Ferkeln, weiße 130—170, Fett amer., Teichmehl 13.90, Fett ungar., Spob 14—14.10, Eihartstoffe, Verladung 58—63, Mais Jugosl., Preßburg 118, Mais rum., Oberberg 120, Mais cinquant., Oberberg 122, Mais La Plata, Teichmehl 131, Böhme, neu, lose, Prag 68—71, gepreßt, Prag 70—66, Futterstroh, gepreßt, Prag 42—44, Kanastroh, Prag 42 bis 50, Weizenkleie inf. Sad 97—100, Roggenkleie inf. Sad 95—98.

Literatur.

Die staatsrechtlichen Bestrebungen der Deutschböhmen 1848/49 von Fritz Hauptmann (Anhalt für Sudetendeutsche Heimatforschung, J^odische Zeitschrift, 1926). Die vorliegende Arbeit ist sehr verdienstvoll und interessant, denn sie gibt uns eine Uebersicht über die politischen Bestrebungen der Deutschböhmen im Revolutionsjahr 1848. Der Verfasser schildert die Arbeit in drei Abschnitte. Zunächst hatten die Prager Deutschen die Führung, deren Streben dahin ging, gemeinsam mit dem tschechischen Bürgertum einen konstitutionellen Sudetenstaat bei voller Gleichberechtigung beider Nationen einzurichten. Die nationalen Kämpfe aber machten diesen Ansichten bald ein Ende. In der frankfurter Nationalversammlung stehen die meisten deutschen Vertreter auf dem Standpunkt des Anschlusses der deutschen Gebiete Böhmens an Deutschland. Als dann der Sieg der Gegenrevolution im Herbst 1848 auch diese Pläne zu nichte machte, traten die politischen Vertreter des deutschböhmerischen Bürgertums im Kremlitzer Reichstag für die nationale

Prager Filmbörse.

Die Filmzeiger aller Erdteile wurden vor einer gewissen Zeit von dem Wahne befallen, daß ein Film nur dann einen Kassenerfolg haben kann, wenn ihm eine der zahlreichen bekannten (oder auch weniger bekannten) Operetten zu Grunde liegt. Warum? Nun, weil einmal eine verfilmte Operette beim Publikum eingeschlagen ist und vollen Erfolg auszuweisen vermag — übrigens eine Erscheinung, die sich nicht nur beim Film, sondern überhaupt in jeder Kunstgattung wiederholt: ein gelungenes Werk bestimmten Schicksals geht ganz selbsttätig einen gewissen Kassenerfolg voraus. Nach dieser Auffassung hat sich vor einigen Monaten für die Ufa ihren „Walzertraum“ vor und mit waren aufrichtig von dem reizenden Film entzückt. Diesmal belagte Slavja ihren Friedrich Zellnik-Film „Die Föhlerkristel“: diesen beiden Werken gegenüber ist allerdings das Schlagwort von den operetten-Filmen gegenstandslos! Dem Film geht übrigens ein sehr guter Ruf voraus und wir können getrost behaupten, daß er voll begründet ist.

Die Operette selbst ist heute schon ein wenig veraltet, — aber im Film feiert sie Auf-erstehung. Die geistreiche Regie Friedrich Zellniks führt da in ruhigen, anheimelnden Bildern ein Stück großmütterliche Romantik vor, zwar verstaubt und operettenmäßig, aber dennoch menschlich ergreifend, daß man sich gerne für lange Zeit aus dem Alltag in eine andere Welt entführen läßt. Der leicht lässige Vorwurf dürfte allgemein bekannt sein. Die Föhlerkristel verfertigt Zellniks Gattin,

Autonomie ein. Bemerkenswert ist der Versuch des Verfassers, die politischen Programme der deutschen Parteien Böhmens jener Zeit auf die Interessen der verschiedenen Klassen der damaligen Gesellschaft zurückzuführen, wobei er freilich in den Anfängen stecken bleibt. Der deutschböhmerische Arbeiterklasse tut der Verfasser überhaupt keine Erwähnung, was auch dann nicht gerechtfertigt erscheint, wenn man zugibt, daß die Arbeiter Deutschböhmers in der Revolution von 1848 keine bedeutende Rolle gespielt haben. E. Z.

Zum Problem einer Rentenversicherung in Österreich. Eine Studie von Dr. Paul Etzinger, Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung, G. M. B. H., Wien und Leipzig, 1926.

Proje potrebuje ministerstva pravotnictvi. (Warum brauchen wir ein Gesundheitsministerium?) 1926. Verlag: Ustřední jednota doškol. lázeň.

Kunst und Wissen.

„Carmen“-Reinigung im tschechischen Nationaltheater. Grund der tschechischen „Carmen“-Reinigung war die Schabdasigkeit der bisherigen, durch jahrelangen Gebrauch abgenutzten und auch unmodern gewordenen „Carmen“-Decorationen. Josef Gottlieb, der vielbewährte tschechische Ausstattungskünstler, hat die „Carmen“-Reinigung am Nationaltheater von Grund auf besorgt und war in dem Bestreben, das Bühnenbild möglichst im spanischen Milieu des Werkes zu gestalten. Er hatte aus diesem Grunde diesmal auf jegliche Zierlichkeit der Szene verzichtet und die Ausstattung vollkommen im opernmäßigen Sinne eingerichtet. Wenn keiner „Carmen“-Reinigung ein Vorwurf gemacht werden kann, ist es derer mitunter störend wirkenden Ueberschneidung im Detail und des ungerechtfertigten und unnatürlichen Luxus, wie beispielsweise in der Schmugglerszene in Wall von Sevilla. Ein sehr interessantes Landwirtschafsbild (aus Gottlieb im dritten Akte; die Helsen und Schlachten der Pyrenäen, die den Unterschluß der Schmuggler dienen, zeigen nicht nur den Ausblick auf praktische Gelehrer, sondern geben auch Gelegenheit, die Stimmung der Schlussszene dieses Aktes durch ein richtiges Alpengehäusen zu vertiefen. Josef Munchinger's Regie vermochte mit der genialen Inszenierung Gottliebs nicht immer Schritt zu halten und wirkte namentlich in den großen Ensemblegruppen des ersten und letzten Aktes sowie in der Toreroszene des zweiten Aktes frei und gekünstelt. Die Zirkel musikalische Leistung war sauber und exakt wie nur möglich, ließ aber doch den richtigen rhythmischen Schwung und die entsprechende, romantisch und lebendig wirkende dynamische Gegensätzlichkeit vermissen, die gerade der „Carmen“-Musik das charakteristische Gepräge geben. In der Titelrolle der Oper erntete die amerikanische Sängerin Cabana, eine Meisterin der Stimkultur, des dramatischen Gesangsvortrages und roffenen Temperaments, außergewöhnliche Triumphe. — d.

Samstag „Figaros Hochzeit“ zum erstenmale mit Olga Baro als Suzanne und Klara Swartin als Bärchen. Dirigent: Alexander Zemlinsky.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Die neuen Herren“. — Donnerstag, 7 Uhr: „Carmen“. — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Die Durchganglerin“. — Samstag, 7 Uhr: „Figaros Hochzeit“. — Sonntag, 2 1/2 Uhr, Arbeitnehmer-Vorst.: „Obersteiger“, 7 1/2 Uhr: „14 Tage Arrest“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Mittwoch: „14 Tage Arrest“. — Donnerstag: „Peripherie“. — Freitag: „Sonja“. — Samstag, neuinstudiert: „Kameraden“. — Sonntag: „Die neuen Herren“. — Montag, Bankbeamtenvorst.: „Theodor & Co.“

die bekannte Schauspielerin Lya Mara, eine ebenso reizende Erscheinung wie gute Künstlerin. Ihre Gestalt strahlt vor Lebendigkeit und Uebermut eines sorglosen, frischen Landmädchels, sie hingebend weich in ihrem Erbeisensinn und ergreifend als liebendes Weib, das seiner ersten tiefen Liebe entsagen muß. Ebenso lebendig ist Harry Liedtke als Kaiser, eigentlich besser gefügt als der einfache, menschlich denkende Mann, als den der Film Josef H. traditionell hinstellt. Die wirklich gute Regie, die gelangene Besetzung und eine ganze Reihe lustiger Episoden runden den Film zu einem Stück ab, das keine filmische Offenbarung sein will, aber gewiß auf jedermann einen zum Herzen gehenden Eindruck macht.

Von ganz anderem Schlags ist der zweite Elodia-Film, betitelt „Der goldene Schmetterling“ (Produktion Zofka, Berlin). Das Drehbuch konnte getrost von Courtis-Mähler verfertigt sein, denn es hat eigentlich gar keinen Inhalt und alle Möglichkeiten, die Gestalten oder die Handlung wirklich auszubauen, sind verkannt worden. Der Film sieht und fällt mit der Hauptdarstellerin, der aus „Fiaker Nr. 13“ bekannten Schauspielerin Lily Damita, die nicht nur ihrer Rolle, sondern dem ganzen Stück einen eigenen Stempel aufdrückt, um dessen willen man den Film nicht schlechtweg ablehnen kann. Sie verkörpert ein junges Mädchen, das keine andere Sehnsucht kennt, als Tänzerin zu werden. Sie wird es — frage nur nicht wie! — verliert aber dadurch die Inneigung des geliebten Mannes (Wils Kührer). Sie wird berührt, reich, vergöttert, aber ihren einstigen Geliebten kann sie nicht gewinnen. Erst als sie verunglückt und nicht mehr tanzen kann, finden sich die beiden jungen Leute in einer fürs Leben dau-

Turnen und Sport.

Fußballwettkampf Deutschland gegen Tschechoslowakei

am 26. September in Bodenbach. Das wir voransagten, ist eingetroffen. Die Leipziger Verbandsleitung hat eine Mannschaft aufgestellt, die größtenteils aus süddeutschen Genossen besteht. Ein Kuriosum dürfte der Torwart sein, der als überragende Größe in der Mannschaft mitwirkt. Er mißt die Kleinigkeit von 190 Zentimetern. In der Eis finden wir die Vertreter der Städte Mannschaften, so daß mit einem sehr guten Sport gerechnet werden kann. Es spielen:

Balschbach (Wannbeitz)		
Rehm (München)	Joller (Stuttgart)	
Städtert (München)	Schlemper (Solingen)	Lämmermann (München)
Wauer (München)	Egner (München)	Schäbel (München)
		Behne (München)

Nähere Einzelheiten über Anstoß und unsere Aufstellung folgen noch. Das Länderspiel wird den Reigen der Verbandveranstaltungen würdig beschließen. Der 5. Kreis war heuer der Schauplatz großer turnerischer Darbietungen: Kreislager, Bundesfest und Sporttag — dazwischen fiel das große Turnfest in Wien — und jetzt zum Schluß trägt der Länderkampf die Sympathie und Interesse der deutschen Genossen verbindet, kommt auch bei der großen Stafette, die in Gros ihren Anfang nimmt, über Linz, Wien, Gmünd, Prag, Leimeritz, Aulitz, der Elbe entlang ihren Weg geht, voll zur Geltung. Sache der Arbeiterschaft muß es sein, die Genossen aus Deutschland am 26. September durch einen Massenbesuch zu begrüßen.

Die Scheidung im österreichischen Fußballsport.

I. Nach jahrelangem Hingehen ist nun auch im österreichischen Fußballsport die Trennung erfolgt. Die Arbeitervereine werden nunmehr diesen Vorkämpfern aller Sporte in ihrem eigenen Verbands, dem „Verbande der Amateurevereine Österreichs“ (Böhm) pflegen und nicht mehr wie bisher mit den bürgerlichen oder wie sie sich noch nennen, den „amateurischen Vereinen“, ihre Spiele austragen. Mit diesem Schritt wurde eine bedeutsame Entwicklung in der Arbeitersportbewegung abgeschlossen, denn der Fußballsport war noch der letzte Boden, mit dem die Arbeitersportbewegung mit dem bürgerlichen Sport verbunden war, die anderen Sportdisziplinen haben sich schon viel früher gelöst, und die Arbeitersportbewegung in Frankfurt am Main 1925 war ein überwältigender Beweis für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Welche Beweggründe sind es nun, die die Arbeiterschaft fast aller Länder dazu bewog, ihre eigenen Wege auch im Sport zu gehen, ihn zu politisieren, wie das die Gegner nennen? Obwohl die Antwort auf diese Frage schon oft gegeben wurde, so sei sie doch hier anlässlich der Scheidung im Fußballsport nochmals erörtert, denn gerade dieser Sportzweig bringt wie kein anderer die gegensätzliche Auffassung vom Zweck des Sportes besonders deutlich zum Ausdruck.

Die große Volkstümlichkeit, die das Fußballspiel in allen Ländern erlangte, findet ihre Begründung in der Form des Spieles. Der Kampf um den Ball, der mit den Füßen geführt wird und dadurch eine gewisse Geschwindigkeit verlangt, gleichgültig der Umfang, daß das Spiel um so interessanter wird, je uniger der Kontakt zwischen den elf Spielern einer Mannschaft ist, gibt dem Spiel eine Spannung, die rasch wechselnden Phasen des

Spieles bergen gewisse Sensationen und damit ist auch schon das Geheimnis aufgedeckt, weshalb dieser Sportzweig so sehr Publikumsport wurde. Der gesundheitsfördernde Wert des Spieles liegt darin, daß seine Ausübenden große Schweißleistung und Ausdauer entwickeln müssen, rasche Entschlußkraft und rasche Auffassungsgabe bei den Spielern gewendet werden, und da der Erfolg nicht vom einzelnen, sondern von allen elf Spielern einer Mannschaft abhängt, wird der Spieler zum Mitdenken und zum Eingehen auf die Eigenart seiner Mitspieler gezwungen, ein erzieherischer Wert von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Aber alle diese Momente, die dem Fußballspiel seinen Reiz verleihen, waren auch die Ursache, daß aus einem Sport ein Geschäftsbetrieb wurde, bei dem es nicht mehr Zweck war, daß die Ausübenden aus Gesundheitsrücksichten ein schönes Bewegungsspiel pflegen, sondern, daß das zusehende Publikum, das zum größten Teile aus Menschen besteht, die selbst nie Sport gepflegt haben, bei einem möglichst dramatisch vorgeführten Kampf auf seine Rechnung kommt, denn es hat bezahlt, will für sein Geld etwas sehen und erleben, die Nervon müssen zittern vor Aufregung, und diese Aufregung muß man hinauslassen können — dann, ja dann erst ist es das Richtige.

Und diese Entwicklung brachte es mit sich, daß ein spezieller Typ von Sportlern großgezüchtet wird, die sogenannte Qualität, der Publikumsspieler. Er wird zum Akrobaten ausgebildet, dessen ganzes Sinnen und Streben dahin geht, entsprechende Fußballstücke zu erhalten, alles andere verdrängt aus seinem Interessenskreis, der Fußball ist zum Mittelpunkt seines Lebens geworden. Was sonst noch auf der Welt vorgeht, ist daneben doch so gleichgültig, die Welt existiert für ihn ja nur insoweit, als sie Interesse am Wettspiel am Sonntag nimmt.

Und die Begleitfunktionäre! Alle Mittel werden aufgewendet, um die besten Fußballakrobaten für seinen Verein zu gewinnen und da das Geld die überzeugende Beweiskraft besitzt, daß z. B. der berühmte Patel nur bei seinem Verein spielen kann, so wird jener Verein für den berühmten Patel sein Verein, der ihm die Kunst seiner Ballbehandlung am höchsten bezahlt. Und das ist dann Sportpflege! Nur derjenige, der einige Zeit in diesem Getriebe gestanden ist, und der es mitmachen mußte, wie diese Sportpflege sich hinter den Kulissen abspielt, nur der wird den tiefen Absichten verstehen, der den wirklichen Sportmann vor dieser Art des Sportes schätzt.

Genossen! Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riefler. Für den Druck verantwortlich: D. Holl. Druck: Deutsche Verlags-A.G. Prag.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehl ich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Veranlassung von Drucksachen wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungsartikeln, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Faltarten, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHEONAU

ernden Umarmung zusammen. Schenkenswert an dem Film ist bloß Lily Damita, die in ihrer Prunkelnden Föhler und mit ihrem feurigen Temperament eine Klasse für sich darstellt. Ansonsten ist das Stück eine reine Spekulation auf die Kritiklosigkeit des Publikums, da es der Regisseur Richard Kertesz gut verstanden hat, in die öde Handlung Dinge hereinzubringen, die ihre Wirkung auf die kritischen Betrachter nicht verfehlen können: schöne Aufnahmen, reizige Ausstattung, Masseninszenen, nackte Frauenbeine und Ähnliches mehr. Wollen sich die neuen, guten Filmkritiker stellen, nach denen allgemein geschrieben wird, noch immer nicht melden —? Es wäre wünschenswert, daß sie es tun. E. B. S.

Ruprins „Lastergrube“ (Vordell) im Film. Der Dichterman „Die Lastergrube“ (eine andere Uebersetzung nennt ihn „Vordell“) des russischen Schriftstellers A. Ruprin gehört gewiß zu den bekanntesten Werken der jüngsten Weltliteratur und kann sich einigen früher erschienenen klassischen Romanen, die das soziale Problem der Prostitution behandeln — z. B. „Zola's „Kant“, „Maupassant's „La maison de la mort“ oder die „Tante Elise“ der Brüder Goncourt — würdig an die Seite stellen. Eine warme, tiefempfundene Menschlichkeit fließt durch dieses Werk, das eine zu Herzen gehende Tragödie vertritt, Weiblichkeit ist, die in der ungeschunden Gesellschaftsordnung am Dünge der Menschheit leuchtend verortet. Ruprin wußte genau, warum und was er schrieb. Er hatte lange Monate in einem Bordell verbracht, um aus eigener Anschauung das Leben der Dirnen kennen-zulernen, um in das Seelenleben dieser armen Weiber einen tiefen, verständnisvollen Blick zu tun. Nicht als Mitleid oder Mitleid kam er hin, sondern

als Freund. Und nicht als Richter verließ er es, sondern als ein flammender Ankläger einer unhaltbaren sozialen Ordnung, die junge, frische Menscheninder zu willenlosen Tieren, zu schmutzigen Geschlechtswerkzeugen verurteilt und sie dann in Selbstmord, Geistesumnachtung oder eitem Zuchtum verkommen läßt. Aber das Buch bedeutet mehr als eine Anklage. Ruprin verstand in sein Werk soviel tiefe und wahre Gedanken hereinzulegen, daß er ein bedeutendes Kunstwerk geschaffen hat, jadede Reinheit und Menschenliebe, daß er es ruhig wagen konnte, das Buch den Müttern und der Jugend zu widmen. Der Roman erregte bei seinem Erscheinen ein ungeheures Aufsehen und wurde binnen kürzester Zeit in alle Kultur-sprachen überfetzt. Auch die Bühne bemächtigte sich dieses Wortwerkes und die dramatisierte „Lastergrube“ ging auch in Prag wohnlang über: die Bretter, die die Welt bedeuten, kein Wunder, daß sich jetzt auch der Film an seine Rechte erlernet, aber entschieden ein Wunder, daß er es nicht schon früher getan hat. — Die Verfilmungsrechte des Buches haben dem in Paris in tiefer Abgeschiedenheit lebenden Dichter die Herren Ulrich Aminet (Regisseur) und Liska (Direktor der Projektions-Verleihfirma) abgekauft und der Film wird in Prag hergestellt werden. Das Manuskript schreibt der Regisseur Aminet allein, die Besetzung wird vollkommen international sein (Deutsche, Tschechen und Russen) und für die Deutschen soll ein russischer Architekt gewonnen werden, damit die Gestalt des Milieus gewahrt bleibe. Wir werden nicht veräumen, auf den Film noch eingehend zurückzukommen, denn nach den Vorarbeiten zu schließen, wird er mit einer ganz besonderen Sorgfalt vorbereitet, so daß man auf ein außerordentliches Bildwerk gefaßt sein kann. E. B. S.